

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 40.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 29. September bis 5. Oktober 1911.

Posen, den 10. Oktober 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 214 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 17. September 1911:**Wo ist Klugheit und wo Dummheit?**

Bismarck war zweifellos ein hervorragend kluger Kopf. Trotzdem hat er einige kapitale Dummheiten gemacht. Die Macht, die er besaß, verdrehte ihm derart den Kopf, daß er an die Macht der Ideale zu glauben aufhörte und der Allmacht der Faust zu vertrauen begann. Es war eine Verblendung, die es bewirkte, daß sein scharfer Verstand zu arbeiten aufhörte und den Leidenschaften des preussischen Junkers den Platz einräumte.

Bismarck betrat also das Gebiet der Ausnahme-gesetze zur Zermalmung „der Feinde des Staates“. Nach seiner Auffassung waren solche Feinde: die Sozialisten, die katholische Kirche und die Polen.

Die Ausnahme-gesetze erwiesen sich als erfolglos. Die gegen die Sozialisten gerichteten Gesetze bewirkten, daß unter ihrer Herrschaft der Sozialismus ungeheuer an innerer Kraft gewann.

Die Maigesetze gegen die katholische Kirche, deren Folgeerscheinung der Kulturkampf war, bewirkten es, daß die Katholiken des ganzen Staates zur Verteidigung des heiligen Glaubens aufstanden und daß sich die Kirche stärker erwies, als jemals vorher.

Bismarck erkannte, daß er in beiden Fällen einen Fehler begangen hatte, und er zögerte nicht, die von ihm geschmiedeten Gesetze aufzuheben, denn er sah ein, daß eine jede Idee durch Bedrückung mächtiger wird und häufig gerade die Bedrückung ihr den Reiz verleiht, der die Leute für sie gewinnt.

Wenn Bismarck ein Politiker mit engem geistigem Horizont, der erste beste Dummkopf gewesen wäre, dann hätte er sich sicherlich hartnäckig verhalten und mit den Sozialisten und der katholischen Kirche weiter gekämpft. Er hätte in einem solchen Kampfe nichts ausgerichtet und früher oder später hätte ihm der Kaiser den Abschied geben müssen und zwar aus Rücksicht auf den Staat, der im ständigen Kriege mit der Hälfte der Bürger nicht bestehen kann. Er hätte sich also mit Scham und Schande bedeckt, aber da er ein kluger Politiker war, gab er nach und zeigte, daß die Nachgiebigkeit häufig ein großes Kunststück und ein Beweis der Klugheit ist.

Nur einzig in der polnischen Frage hat Bismarck diese Klugheit nicht bewiesen. Den Grund hierfür bildete sicherlich der Umstand, daß er sich nicht beeilte, sich davon zu überzeugen, wie stark die nationalpolnische Idee ist, wie sehr das polnische Volk an seiner

Nationalität hängt. Später, als er den Laufpaß erhielt, erlaubte ihm die Erbitterung gegen seine am Staatsruder stehenden Nachfolger nicht mehr, diese Frage ruhig zu behandeln. Es scheint sogar, daß er sich absichtlich bemüht hat, die Leidenschaften der deutsch-preussischen Masse zu entfesseln, um seinen Nachfolgern Schwierigkeiten zu bereiten. Er rief also den Hatatismus ins Leben, der die Herrschaft des Verstandes und der Gerechtigkeit, ja sogar das Staatsinteresse ausschloß, und den brutalen Kampf mit den Polen, ohne auf irgend jemanden Rücksicht zu nehmen, für das politische Ideal hielt.

Die Nachfolger Bismarcks glaubten durch Weiterführung des abscheulichen Kampfes gegen das polnische Element das Testament des eisernen Kanzlers heilig zu erfüllen. Sie bemerkten nicht, daß der boshafte und erbitterte Greis Drachenzähne gesät hatte, damit sie sich an ihnen die Beine brechen sollten. Und er erreichte wirklich seinen Zweck.

Die Politik, welche die preussische Regierung seit dem Falle Caprivis gegenüber den Polen getrieben hat, beweist, daß der Verstand Abschied genommen hat. Die Regierung sieht doch ganz deutlich, daß sie durch die Ausnahme-gesetze die ganze polnische Volksgesamtheit in Preußen zur Verteidigung der heiligsten Schätze, des heiligen Glaubens und der polnischen Sprache, berufen hat. Sie sieht, wie unter der Herrschaft der barbarischen Gesetze die Polen zahlenmäßig, materiell und moralisch wachsen. Es steht dies in gradem Gegensatz zu dem, was die antipolnische Politik erstrebt. Es gibt indessen am Staatssteuer keinen Mann, der so viel Verstand und Mut hat, den Weg zu verlassen, der schließlich in irgend einen Abgrund führt.

Es gibt allerdings in Preußen Leute, die so klug sind, daß sie einzusehen vermögen, daß die antipolnische Politik für den Staat verderblich ist. Es genügt, auf das Auftreten des Professors Delbrück oder, in letzter Zeit, auf das des Obersten v. Heydebreck hinzuweisen. Aber die Dummheit, vereint mit dem Haß gegen das Polentum und mit dem Interesse gewisser Klassen (Zulagen und geheime Fonds) ist so mächtig, daß die Klugheit einzelner Personen ihr bis jetzt stets hat unterliegen müssen.

Lassen wir die Preußen in ihrer Dummheit.

Müssen wir deshalb, weil sie Dummheiten machen, ebenfalls unklug handeln? Wir müssen im Gegenteil aus ihrer Dummheit Kapital schlagen. Auf Schritt und Tritt werden wir dem polnischen Volke zeigen, was die preussische Regierung erstrebt, auf welche Art sie das polnische Volk zu knebeln bemüht ist, und von Stein müßte jener Pole sein, den dies nicht rühren, dem dies nicht das Herz bewegen würde.

Es gab für uns keinen größeren Triumph als den Schultstreif. Die ganze Welt erfuhr damals von den Heldentaten der polnischen Volksgesamtheit bei der Verteidigung ihrer Schätze gegen das brutale Wesen der Preußen. Diesen Triumph verdanken wir dem Unverstand der Leiter der preußischen Politik. Ebenso rührte das Enteignungsgesetz die ganze zivilisierte Welt, es brachte uns ihre Sympathien ein und umgab die Preußen mit dem grellen Schein des Barbarentums und des Abscheus. Gleichzeitig schöpfte unsere Volksgesamtheit aus dieser preußischen Barbarei Kraft und innere Einigkeit.

Wir hatten also keine Veranlassung, sogleich unsere Haltung zu ändern und den Schleier über das zu breiten, was unser Ruhm und die Quelle unserer Kraft war. Und dennoch haben sich Politiker gefunden, die sofort diese schönen Blätter in unserer Geschichte durchstrichen haben, um neue zu schreiben, deren Titel lautet: „Versöhnung mit der preußischen Regierung“ — und deren Inhalt ist „Finanzreform oder neue Steuern“.

Wir wollen mit niemandem darüber streiten, ob das Stimmen unserer Abgeordneten für die Erhöhung der Steuern, die hauptsächlich das arme Volk belasten, uns materielle Vorteile gebracht hat oder nicht. Wir behaupten entschieden, daß von dieser Abstimmung für uns nur die Schande geblieben ist, während die Regierung die Vorteile genießt, ebenso wie dies bei dem Stimmen für die Umsatzsteuer, für die Erhöhung des Gehalts des Königs usw. der Fall gewesen ist.

Unsere Widerstandsfähigkeit gegenüber der antipolnischen Politik ist in der letzten Zeit schwächer geworden, was das sich wieder breitmachende Verschacherertum beweist. Die Ursache hierfür steckt nur in dem Sichumsehen nach der Regierung und den deutschen Parteien, was bei der Abstimmung für die Finanzreform offenkundig wurde.

Stets pflegt es der Fall zu sein, daß unsere Energie schwächer wird, so oft man mit der Versöhnungspolitik beginnt. Deshalb muß man, von unserem nationalen Standpunkt aus betrachtet, die Nachgiebigkeit eine Dummheit nennen. Es könnte jemand hierauf erwidern, daß wir mit der Regierung doch keinen ewigen Kampf führen können. Richtig, aber wir haben auch keine Veranlassung, um Gnade zu bitten, denn wir fühlen uns noch kräftig und nur der Schwache bittet um Gnade und Frieden.

Wir verlangen nur Gerechtigkeit und nichts weiter, und wer uns Gerechtigkeit versagt, von dem wollen wir keine Gnade und wenn wir auch dazu verurteilt sein würden, einen ewigen Kampf um unsere Rechte zu führen.

Aus Nr. 221 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. September 1911:

Bureau zur Verteidigung des Bodens.

Das für unsere Landwirte ungünstige Jahr verstärkt die Befürchtung, daß wiederum eine bedeutende Zahl von Morgen in die Hände der Ansiedlung übergehen wird. Die Statistik zeigt schlagend und klar, daß das polnische Landangebot in den Jahren mit wirtschaftlichen Niederlagen stieg, es gilt also, über Rettungsmittel nachzudenken. In für die Landwirtschaft schweren Augenblicken reichen die mahnenden und verdammenden Äußerungen der Presse nicht hin; aber angesichts der Tatsache, daß viele Landwirte das Messer an der Kehle sitzen haben, zeigt sich die Notwendigkeit einer zielbewußten organisierten Aktion. Und wenn deren Ergebnis die Rettung, sei es auch nur einiger Güter oder eines Duzends von bäuerlichen Anwesen

sein wird, dann verlohnt es sich, zu denken, zu handeln und zu arbeiten.

Wir bringen diesen Gedanken in dem Augenblick zur Sprache, in welchem in Posen eine größere Tagung stattfindet (gemeint ist der Verbandstag der Erwerbsgenossenschaften. Red. d. Ges. üb.), dessen uns bewußt, daß diese Sache nicht zur Kompetenz des Verbandstags gehört. Es wird aber in den beratungsfreien Stunden Zeit genug übrig bleiben, um die Angelegenheit einer wirksamen Verteidigung unseres Bodens zu überlegen.

Vor allem muß ein Informationsbureau geschaffen werden, wo ein jeder zuverlässige Information bezüglich des Agenten und vor allem auch des Kaufreflektanten einholen kann. Der Kreis dieser Leute ist gewachsen. Heute kaufen nicht nur allgemein bekannte Leute Güter, sondern Personen, über die man nicht leicht Informationen einholen kann, besonders wenn sie aus den Provinzen Preußen oder Schlesiens stammen. Es ist Tatsache, daß jedes einem aufrichtigen Polen gegenüber an den Tag gelegte Mißtrauen für diesen kränkend und beleidigend ist. Mittels dieses Leims fangen manchmal gewissenlose Agenten oder vorgeschobene Figuren den Verkäufer. Diese Leute muß man ausmerzen, und das wird geschehen, wenn wir ein Informationsbureau haben werden, welches eine genaue Charakteristik des Käufers liefern und damit das Betrügen durch vorgeschobene Personen unmöglich machen wird. Die Presse nennt manchmal die Namen von Agenten, die sich mit dem Kauf von Land für die Ansiedlung befassen; aber das Publikum vergiftet sie allmählich. Sache des Informationsbureaus wäre es, in dieser Hinsicht der Volksgemeinschaft die erforderlichen Mitteilungen zu bieten. Natürlich müßte das Bureau schnell arbeiten, von dem Telephon und Telegraphen Gebrauch machend; denn so manches reelle Geschäft könnte sich durch Verspätung der Information zerschlagen. Die Organisation des vorgeschlagenen Bureaus kann dabei noch einen wichtigen Dienst leisten, — sie kann dem Interessenten polnische Kaufleute nachweisen, sowie die Parzellierungsinstitute bewegen, entsprechende Verhandlungen anzuknüpfen.

Wir wissen aus Erfahrung, daß man nach ansiedlungsseitigen Käufen polnischerseits Äußerungen hört, daß man gern den gleichen Preis würde bezahlt haben. Von der Transaktion erfahren manche erst post festum, wenn es zu spät ist. In diesen Fällen wäre auch eine solche Rettungsaktion des Bureaus, welche aus den erhaltenen Informationen resultiert, heilsam, jedenfalls weit wirksamer, als allgemeine Mitteilungen der Presse über ein bedrohtes Gut oder Vorwerk.

Wir hätten sagen, ein solches Bureau sei unnötig, da sich die Interessenten an die Redaktionen der Zeitungen oder an Banken, sowie an ähnliche Institute wenden könnten. Dieses Argument beseitigt die Frage nicht.

Zunächst besitzen die einschlägigen Instanzen nicht genaue Informationen über jeden, die Sache läuft daher zum Teil auf den Bescheid hinaus, Herr X. sei nicht hinlänglich bekannt, angesichts dessen sei Vorsicht geboten. Aber auf diese Weise kann sich das Geschäft mit einem redlichen Käufer zerschlagen, und es kann später zu einer zweifelhaften Transaktion kommen.

Zum Teil erhalten die Interessenten unklare, unverkürzte Antworten, das aber kann niemandem genügen; denn es ist menschlich, daß ein jeder sich vor der daraus resultierenden Verantwortlichkeit scheut. Diese Verantwortung kann und muß ein Kreis von Bürgern übernehmen, die von allgemeiner Achtung umgeben sind. Ihre Antwort kann wirklich manchmal auf Irrtum beruhen; aber selbst wenn das der Fall

sein sollte, dann würde das höchstens ausnahmsweise vorkommen und niemand würde dann die persönliche Verantwortung tragen.

Heute wenden sich die Leute ungern an die Banken, um Informationen, besonders aus minder intelligenten Kreisen, denn sie fürchten die Kosten. Außerdem haben die Banken in dieser Hinsicht keine entsprechenden Organisationen, und sie können daher nur in seltenen Fällen einigermaßen genaue Auskunft geben. Das Bureau sollte durch einen Kreis beitragszahlender Bürger bezahlt werden, und jeder Bürger wird die moralische, nationale Pflicht haben, mit entsprechenden Informationen zu dienen.

Unseres Erachtens sollte sich mit der Organisation eines solchen Bureaus dieses oder jenes Institut befassen, welches sich, wenigstens im Prinzip, mit der Rettung des Bodens befaßt. An der Seite und unter Aufsicht eines solchen Instituts könnte das Bureau korrekt funktionieren.

Mus Nr. 219 des Lech (Gnesen)
vom 24. September 1911:

Auf die Schanzen.

Es gehen uns immer drohendere Gerüchte über die sich in unserer Volksgesamtheit verbreitende Pest des Schacherwesens zu. Heute schachert nicht mehr allein der Edelmann, der Großgrundbesitzer mit der Erde, heut gelüftet auch den Bürger, den Landmann und den Arbeiter nach den Judas-silberlingen. Die moralische Fäulnis verbreitet sich wie ein stinkendes Geschwür in dem Organismus unserer Volksgesamtheit und richtet in ihm schreckliche Verheerungen an. Mit jedem Tage vermehren sich bei uns die Judasse, die, nachdem sie sich ihres nationalen Gewissens entäußert haben, das Land der Väter dem Feinde zum Raub vorwerfen und ihre gierigen Krallen nach dem Golde ausstrecken, das sie durch Benachteiligung der Nation erworben haben. Sogar sonst anständige und ihre nationalen Pflichten erfüllende Leute haben schon ein so beschmutztes nationales Gewissen, daß sie leichten Herzens polnisches Land veräußern, ohne sich überhaupt darüber klar zu sein, daß sie ihrer Nation gegenüber ein großes Verbrechen begehen, daß jeder von ihnen eine neue Teilung Polens vollführt. Die Volksgesamtheit sieht, wie ihr Spanne um Spanne unter den Füßen fortgezogen wird, aber sie hat es bis jetzt nicht verstanden, sich zu einer energischen Verteidigungsaktion gegen die Verschacherer und ihren schändlichen Verrat aufzuraffen. Jeder Verschacherer gleicht einem Soldaten, der heimlich den Feind in das eigene Lager führt. Einen solchen Soldaten erwartet die Todesstrafe und ewige Schande; und wie geht man mit einem Verschacherer um? Die Zeitungen schlagen etwas Lärm, im besten Falle beruft der Verschacherer ein „Ehrengericht“, das ein der delphischen Pythia würdiges Urteil fällt, bald beruhigen sich auch die Gemüter und der Verschacherer geht überall hin, als wenn nichts vorgefallen wäre, hält sich in Vereinen, in Klubs auf,

beteiligt sich an verschiedenen Festlichkeiten, Kongressen, Jubelfeiern, wird sogar mit Ehrenämtern bekleidet, drückt allen Ehren- und Nichtehrenmännern kordial die Hand, ergreift sogar häufig in den Zeitungen das Wort, um der Volksgesamtheit seine wertvollen Ratschläge zu erteilen, erhält auch nach seinem Tode ein feierliches Begräbnis unter zahlreicher Beteiligung von Geistlichen und weltlichen Bürgern, sowie einen prunkvollen Nachruf, in welchem der Verstorbene als Muster aller bürgerlichen Tugenden gepriesen wird. Das ist für gewöhnlich der Lebenslauf unseres Durchschnittsverschacherers. **Niemand wagt offen und mutig gegen einen solchen Schuft aufzutreten.** Wir kennen große Patrioten und nationale Faktoren, die ganz ruhig dem die Hand geben, der polnisches Land verschachert hat, anstatt ihm tiefste Verachtung zu zeigen. Unsere Gesamtheit hält es für eine genügende Rehabilitation, wenn ein solcher Verschacherer für öffentliche Zwecke eine Banknote spendet, und es gibt leider Institutionen, die dieses Judasgeld annehmen.

Es ist also kein Wunder, daß die Pest des Schacherwesens mit erschreckender Schnelligkeit um sich greift. Es gibt keinen Tag, an welchem unsere Zeitungen nicht von dem Verlust polnischer Erde berichten. Und die polnische Volksgesamtheit sieht untätig zu, wie man ihr den Boden unter den Füßen fortzieht. Als ob wir alle Fatalisten wären, so überlassen wir diese allerwichtigste Frage ihrem eigenen Lauf. Und doch darf man auch nicht einen Augenblick verlieren, man muß sich möglichst schnell ans Werk machen, um der Pest des Schacherwesens Einhalt zu gebieten. An dieser Aktion müssen sich alle gutgesinnten Leute beteiligen. Vor allen Dingen muß man sich darum bemühen, durch Beeinflussung des Besitzers den Übergang polnischer Erde in fremde Hände zu verhüten. Wer immer erfährt, oder nur Verdacht hegt, daß jemand wegen Verkaufs seiner Besitzung mit einem Fremden unterhandelt, muß sich sofort an einflußreiche Personen wenden, damit diese den in Frage kommenden Landsmann von seiner schändlichen Absicht abbringen. **Die Verschacherer nun müssen überall rückichtslos boykottiert werden.** Wenn sich ein Verschacherer in der Kirche, in der Gemeinde, im Gasthause oder in einer Privatwohnung zeigt, müssen sich alle von ihm entfernen, wie von einem Verpesteten. Wenn er jemand die Hand reichen will, dann möge dieser sich von ihm abwenden und ausspucken, wie vor dem größten Lumpen. Wenn er dein Haus betreten will, verschließ vor ihm die Türen. Wenn ihn nach deiner Besitzung gelüftet, heß ihn mit Hunden vom Hof. Möge der Verschacherer vereinsamt leben, wie Kain, möge der Fluch der Nation auf ihm bis zum Tode lasten, und nach dem Tode möge niemand seinem Sarge folgen, möge niemand um Erlösung für seine Seele beten! Wer seine Nation und die katholische Kirche so schwer geschädigt hat, der verdient kein Erbarmen, keine Verzeihung.

Die polnische Volksgesamtheit muß mit jedem Verschacherer so streng umgehen, daß andere, die ebenfalls Lust haben, sich durch Verschacherung zu bereichern, dieses Beispiel abschreckt und mit Grausen

erfüllt. Die Rache der Volksgesamtheit darf dem Verschacherer während seines Lebens auch nicht einen Augenblick Ruhe lassen, sie muß ihm auf Schritt und Tritt die größte Verachtung zeigen, man muß ihn überall als den größten Lumpen und Gallunken behandeln, den man mit unerbittlicher Rache sogar bis über das Grab hinaus verfolgen muß.

Auf diese Weise wird vielleicht die Volksgesamtheit aus ihrer Mitte das Verrat brütende Reptil vertreiben. Mögen die Verschacherer in das fremde Lager übergehen, mögen sie außerhalb der Grenzen unseres Lands die Früchte ihrer niederträchtigen Schacherei genießen, wenn sie nur nicht durch ihre Anwesenheit unaushörllich diese Mutter Erde, die sie verkauft haben, besudeln, und durch ihre Anwesenheit und durch ihr Beispiel um sich herum die moralische Fäulnis verbreiten, von der sie selbst durchtränkt sind.

Zum Kampfe mit den Verschacherern müssen sich alle vereinigen, denen das Wohl unserer Sache tatsächlich am Herzen liegt. Unsere Presse muß möglichst rücksichtslos gegen das Schacherwesen auftreten, sie darf niemanden verschonen, sei es ein Adliger oder ein einfacher Mann, weil einer wie der andere ein gemeiner Verräter ist, der polnisches Land verschachert hat. In diesem Kampfe mit den Verschacherern fällt auch den Geistlichen eine wichtige Rolle zu, die von der Kanzel herab gegen diese Seuche auftreten müssen, weil das Schacherwesen auch den Einfluß der katholischen Kirche in den polnischen Landesteilen untergräbt.

Rücksichtslos muß man auch gegen die Agenten und Güterschlächter auftreten, für welche die Erde nur eine gewöhnliche Ware ist, die die Liebe zur Erde vernichten und das Geschäftemachen verbreiten. Gleichzeitig muß man auch stets und überall die Leute belehren, daß die Erde — Ernährerin — etwas mehr als eine gewöhnliche Ware ist, daß man sie lieben und achten muß, und auf diesem Wege wird die allmählich verschwindende Liebe zur Erde vielleicht wieder erstarken.

Es droht unserem Vaterlande seitens der Verschacherer und ihrer gemeinen Helfer eine große Gefahr, vor welcher man es nur bewahren kann, wenn wir alle wie ein Mann gegen den Feind auf die Schanzen gehen werden!

Aus Nr. 218 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 22. September 1911:

Der Geist ist vergiftet.

Das fast massenhafte Verschacherertum, das gegenwärtig zutage tritt, ist keine neue Erscheinung. Wir hatten schon einige solcher Zeitabschnitte, in welchen es scheinen konnte, als ob die Sturmflut des moralischen Giftes sich über die Volksgesamtheit dahinstürzte, die Seelen vergiftete und die Herzen verdarb. Einen solchen Zeitabschnitt haben wir vor etwa 6 Jahren durchlebt.

Damals begann die Volksgesamtheit, mit den Verschacherern scharf umzugehen, und die Zeitungen hatten eine ganze Reihe von Prozessen mit diesem Auswurf, der vor den preussischen Gerichten „seine Ehre“ verteidigte. Dank dieser Energie verbargen sich die Judasse etwas, um eine passendere Zeit für ihre

Schacherei abzuwarten. Nur von Zeit zu Zeit wiederholten sich größere Fälle, wie z. B. Reisen, Kruszewo usw. Es scheint, daß in diesen Fällen die Volksgesamtheit viel zu nachsichtig gewesen ist, namentlich in der bis heute noch nicht aufgeklärten Reijener Affäre. In Sachen Kruszewo hat sich ein solcher Dziennik Poznański nicht geschämt, Briefe des Grafen Potulicki zu veröffentlichen, der mit unerhörter Frechheit seine „Ehre“ verteidigte.

Diese Nachsicht in Vereinigung mit Versöhnungsversuchen bewirkte es, daß unsere Energie einschlief und der nationale Geist schwächer wurde. Die Folgen konnten keine andern sein, als die es sind, auf welche wir blicken. Was für Skrupeln sollte sich z. B. ein solcher Kozek machen, wenn er hörte, daß sich die Verschacherer bei uns allgemeiner Hochachtung erfreuen und hervorragende Stellungen einnehmen, daß einer im Wahlkomitee sitzt, ein anderer in der Marianischen Sodalität den Verehrer der Königin Polens spielt.

Solange solche Dinge möglich sind, können wir uns nicht wundern, daß das Lumpenwesen zunimmt. Besser wird es nur dann werden, wenn die Volksgesamtheit jeden Verschacherer verachten und ihn, wenn auch der höchsten Würden, entsetzen wird.

Weil sie wissen, daß sie Nachsicht finden werden, kennen die Verschacherer in ihrer Frechheit keine Grenzen. Solch ein Kozek hat uns nämlich ins Gesicht hinein bestritten, daß er schon vorher in Rzemieniewice ein bedeutendes Stück Land an einen Deutschen verkauft hat. In unserer Redaktion hat er sich verschworen, daß er an keinen Verkauf denke, während er, wie wir später feststellten, mit den Zuträgern der Ansiedlungskommission bereits Ränke spann. Als ihm Abstands-geld angeboten wurde, damit er das Land nur nicht an die Ansiedlungskommission abgeben sollte, war er äußerst empört und erklärte, daß er schon mit Rücksicht auf seine im Kloster befindliche Tochter eine derartige Lumperei nicht begehen würde.

Ist dies nicht ein Beweis dafür, daß sich das moralische Gift in die Reihen der Volksgesamtheit einfriszt?

Zum Schluß heißt es: Den Verschacherern in die Augen spucken und ihnen keine Ehrenämter übergeben, dann wird die Pest des Verschachererwesens aufhören, wenn sich auch solche Personen finden, die den Speichel der Verachtung mit den Banknoten der Ansiedlungskommission abwischen werden.

Aus Nr. 225 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 30. September 1911:

Der Brief eines mit Grund und Boden handelnden Agenten.

Man hat uns einen Brief des bekannten Agenten Herrn Grabowski aus Gnesen übersandt. Es ist dies die Offerte auf ein Inserat im Der Gesellige unter Chiffre 4586. Diese Offerte lautet folgendermaßen:

„Ein sehr schönes Gut in der Nähe von Gnesen (1000 Morgen), in hoher Kultur, 500 000 Mark, Anzahlung 150 000 Mark, nur für einen Deutschen.

Ebenfalls 2400 Morgen, 360 Morgen Hochwald, in hoher Kultur, Palast mit 25 Zimmern, Park, massive Gebäude, sehr schönes Inventar, kann nur ein Pole oder ein Strohmann erwerben. Anzahlung 200 000 Mark.

Nähere Mitteilungen macht

v. Grabowski, Hauptmann a. D.

Gnesen, den 22. August 1911.

Der vorstehende Brief ist deutsch geschrieben, denn Herr Grabowski ist Deutscher, wenn er auch gut polnisch spricht. Da er zeitweise auch mit Polen „arbeitet“, warnen wir also.

Aus Nr. 223 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 30. September 1911:

Die Zwangsversteigerung von Chytrowo,
eines 500 Morgen großen Vorwerks bei Jarotschin, Besitz des Herrn M. Biedermann, macht das Jarotschiner Amtsgericht in den deutschen Zeitungen bekannt. Der Termin ist auf den 4. Dezember, 9 Uhr früh, im Amtsgerichtszimmer 9, festgesetzt.

Könnte man nicht Chytrowo für das Polentum retten?

Aus Nr. 223 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 30. September 1911:

In Klein-Starolenka

soll angeblich den 14 Morgen des Herrn Rybat Gefahr drohen. Das Grundstück liegt zwischen Groß- und Klein-Starolenka.

Aus Nr. 220 des Postep (Posen)
vom 27. September 1911:

Der Herr Bischof Wikowski,

der auf die Einladung der im Zjednoczenie zum Kampf gegen das rote Heidentum organisierten katholischen Arbeiter nicht geantwortet hat, hat als Antwort auf ein Telegramm der „Amtskatholiken“ ein Danktelegramm gesandt.

Aus Nr. 221 des Lech (Gnesen)
vom 27. September 1911:

Nachgiebigkeit der geistlichen Behörde gegenüber der Regierung.

Allgemein herrscht in unserer Stadt die Überzeugung, daß die Veretzung des Vikars Wilkans von Gnesen nach Hohensalza auf Wunsch der Regierung und unter ihrem Druck geschehen ist. Geistlicher Wilkans ist den Deutschen angeblich „unbequem“ geworden und deshalb war er in Gnesen „unmöglich“. Die Regierung forderte die Entfernung des Geistlichen Wilkans und die geistliche Behörde richtete sich, gehorsam wie gewöhnlich, nach dem „von oben geäußerten Wunsch.“ Solche Gerüchte gehen in weltlichen und geistlichen Kreisen um. Sie erscheinen um so wahrscheinlicher, als es nicht das erste Mal sein würde, daß die geistliche Behörde auf Wunsch der Regierung „unbequeme“ Geistliche entfernt. Wir erinnern nur an die Entfernung des Geistlichen Stankowski aus Potulice und des Professors Dr. Trzcinski aus Gnesen.

In ihrer Nachgiebigkeit empfindet die geistliche Behörde augenscheinlich garnicht, daß sie durch ihr Verhalten sich selbst und ihrer Selbständigkeit das Grab gräbt. Es ist heute schon ein öffentliches Geheimnis, daß die weltliche Behörde die Vorrechte der geistlichen Behörde immer weniger respektiert und sich aus ihrem Willen und ihren Anordnungen nichts macht. Durch sein energisches und würdiges Auftreten

verstand der verstorbene Erzbischof von Stablewski, sich nötigenfalls Achtung zu verschaffen, aber in der Zeit seit seinem Tode geht das Ansehen unserer geistlichen Behörde gegenüber der weltlichen Behörde immer mehr zurück und sie verliert dauernd an Ansehen. Es sind dies die Folgen der unaufhörlichen Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung, die sich auf häßliche Art rächt und sicher zur völligen Mißachtung unserer geistlichen Behörde durch die Regierungsfaktoren führen wird. Wir bedauern dies im Interesse unserer katholischen Volksgesamtheit, deren Rechte zu verteidigen die geistliche Behörde die Pflicht hat, diese Behörde, die sich dieses Schicksal selbst bereitet hat. Wie du bettest, so wirst du liegen, sagt unser Sprichwort. Es wird bei uns auch nicht besser werden, solange die geistliche Behörde unaufhörlich der Regierung KonzeSSIONen machen wird, anstatt ihren unberechtigten Anmaßungen endlich einmal energisch entgegenzutreten. Bei der berechtigten Verteidigung ihrer Rechte wird die geistliche Behörde stets unsere ganze Volksgesamtheit auf ihrer Seite finden.

Aus Nr. 222 des Lech (Gnesen)
vom 28. September 1911:

Nachgiebigkeit der geistlichen Behörde gegenüber der Regierung.

Unter dieser Überschrift haben wir in der letzten Nummer des Lech einen Artikel gebracht, in welchem die Veretzung des Geistlichen Wilkans nach Hohensalza besprochen wurde. Hierauf erhielten wir aus den Kreisen unserer Geistlichkeit nachstehende Mitteilung:

„In Sachen der Veretzung des Geistlichen Wilkans von Gnesen nach Hohensalza veröffentlicht die geehrte Redaktion einen Artikel, in welchem sie die geistliche Behörde der Nachgiebigkeit gegenüber der weltlichen Behörde beschuldigt, indem sie sich auf in weltlichen und geistlichen Kreisen umgehende Gerüchte stützt, daß diese Veretzung auf Wunsch und unter dem Druck der Regierung geschehen sei. Daß die Parochianen häufig das Verhalten der Behörde kritisieren, besonders wenn sie ihnen einen Geistlichen nimmt, der allgemeine Achtung und Sympathie genießt, darüber kann man sich nicht wundern, es ist dies eine gewöhnliche Erscheinung. Ich weiß aber nicht, ob es unter der hiesigen Geistlichkeit auch nur einen so naiven Geistlichen gibt, der in diesem Fall einen Druck der weltlichen Behörde erblickt. Der ganze Artikel und die gegen die Behörde gerichteten schweren Vorwürfe beruhen auf völlig unbegründeten Gerüchten. Man führt als Beispiel die Veretzung des Propstes Trzcinski an, aber man vergißt, daß in diesem Falle völlig andere Beweggründe zum Wechsel geführt haben. Als Beispiel soll ferner die Veretzung des Geistlichen Stankowski von Potulice nach Hohensalza dienen. Wenn man heute auf die außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit des Geistlichen Stankowski blickt, dann kann man nur bewundern, welche ein für ihn so passendes Arbeitsfeld die Behörde zu finden verstanden hat. Manch jüngerer Geistlicher kann den Geistlichen Wilkans um seine neue Stellung, in welcher die Behörde mit ihm ebenfalls ihre Pläne hat, beneiden.

Unsere Behörde, die das Wohl der ganzen Diözese im Auge hat, kann sich doch nicht von lokalen Rücksichten leiten lassen, wenn man ihr auch so schwere und noch dazu völlig unbegründete Vorwürfe macht.“

Wir werden auf diese Sache noch zurückkommen.

Aus Nr. 220 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 24. September 1911:

Schrimm, den 21. September.

Am nächsten Sonntag sollen, nach einer Publikation von der Kanzel, vom Propst Becker in unsern Kirchen Gaben für eine zu gründende Krippe gesammelt werden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Schrimm eine Krippe für die kleinen Kinder der Arbeiterbevölkerung notwendig ist.

Wir hegen nur große Befürchtungen und Zweifel darüber, wer der Leiter sein und unter wessen Aufsicht sie stehen wird. Gewiß wird der Landrat dort die erste Geige und das deutsche Element die Hauptrolle spielen. Das Geld hierfür soll aus unserer polnischen Tasche fließen. Wenn Propst Becker der polnischen Volksgemeinschaft gegenüber reine Absichten hat, dann müßte er zunächst einflußreichen Bürgern der Pfarodie Schrimm seinen Plan vorlegen und ihnen klar und deutlich schildern, was er zu tun beabsichtigt. Er hat doch vor drei Jahren selbst den sogenannten Parochialrat gegründet, der sich mit solchen Sachen beschäftigten, Gaben für den Bau des katholischen Hauses sammeln sollte usw. Alljährlich sollte dieser Rat unter dem Vorsitz des Propstes Becker in der Parochialversammlung seine Projekte vorlegen und über seine Tätigkeit Bericht erstatten.

In den ganzen drei Jahren hat Propst Becker den Rat nicht ein einziges Mal einberufen, er hat sich auch mit nichts befaßt, kurz gesagt, es ist alles wie ein Stein ins Wasser gefallen. Und jetzt am Schluß seiner seelsorgerischen Tätigkeit in Schrimm unternimmt Propst Becker wieder etwas auf eigene Faust, und zwar sehr geheimnisvoll. Und doch müßte er wissen, daß wir ihm infolge seiner politischen Anschauungen in solchen Dingen nicht vertrauen können.

Solange wir also nicht genau wissen werden, in welchem Geiste die Krippe arbeiten wird, solange wir nicht erfahren werden, wer ihr Leiter sein wird, solange können wir auch nicht durch geringe Gaben zur Schaffung dieser Institution beitragen.

Ein Schrimmer.

Aus Nr. 220 des Postep (Posen)
vom 27. September 1911:

Aus der Pfarodie Wirn bei Posen.

Wir wenden uns an den geehrten Postemp mit einer Beschwerde über unsern Propst. Dieser Beschwerden würden sehr viele sein, denn er behandelt uns nicht wie ein katholischer Geistlicher, sondern wie ein türkischer Pascha. In diesem Jahre sollen die Wahlen zum Kirchenvorstand und zum Provinzialrat stattfinden. Gewöhnlich fanden die Wahlen am Sonntag zu einer bequem gelegenen Zeit statt, damit die Wähler ihre Stimmen abgeben konnten. Diesmal hat der Propst die Wahlen auf einen Wochentag, den 10. Oktober, um 4 Uhr nachmittags, festgesetzt. Wenn er noch wenigstens die Wahl auf 7 Uhr abends festgesetzt hätte, dann hätte noch eher jemand zur Wahl gehen können, aber wer kann denn am Nachmittag hingehen, es seien denn die Vertrauten des Herrn Propstes, die zu allen seinen Seitenprüngen nicken, und nur solche will der Herr Propst im Kirchenvorstand und im Provinzialrat haben. Hunderte von bereits aufgeklärten Arbeitern, die in unserer Pfarodie leben, hat man von der Wahl zurückgestoßen; die Parochiallasten muß man zwar tragen, aber zu sagen hat man kein Wort, sei es im

Kirchenvorstande, sei es im Parochialrate. Gibt es hiergegen keine Beschwerde? (Wenden Sie sich mit einem Protest an die Kirchenbehörde, daß der Propst die Wahlen auf einen Sonntag festsetzen soll. — Die Red.)

Die Parochianen sind auch öfter über die Worte erbittert, die von der Kanzel fallen, wenn der Herr Propst spricht. Zwei oder mehr Frauen hatten sich darüber geärgert, daß am Freitag, einem Marienstage, das Fasten aufgehoben war, und sie hatten sich über den Papst unpassend geäußert. Das hatte jemand dem Propst mitgeteilt. Dieser berührte sofort auf der Kanzel diese Angelegenheit, und wenn er noch den Frauen auf entsprechende Art erklärt hätte, weshalb die Fasten am Freitag aufgehoben sind, dann wäre dies vollkommen am Platze gewesen, aber die Frauen von der Kanzel herab „dumme Fässer“ zu nennen, das schickt sich wahrhaftig nicht. Ähnliche Ausdrücke fallen häufig von der Kanzel, die Leute ärgern sich über solche Reden, anstatt sich zu vervollkommen, deshalb ist auch die Unzufriedenheit über den Herrn Propst in der Pfarodie groß und schon häufig sind Klagen über ihn an das Konsistorium gegangen, aber dort ist die Nachsicht für ihn groß.

Aus Nr. 18 der Sila (Posen)
vom 25. September 1911:

Auf polnischer Erde.

Die letzte Generalversammlung der „Polnischen Berufsvereinigung“ beschloß in Posen, **den Sitz des Zentralvorstandes nach Oberschlesien zu verlegen**. Am 1. Oktober cr. siedelt der Zentralvorstand nach Kattowitz über, so daß sich also der Hauptsitz der „Polnischen Berufsvereinigung“ auf polnischer Erde befinden wird. Dem Wunsche der Allgemeinheit, daß eine so wichtige Institution, wie es die polnische Organisation ist, ihren Sitz in der Heimat hätte, ist somit Genüge getan. Mit dem 1. Oktober ändert sich somit die Art in der Arbeit der „Vereinigung“. Die Leitung der polnischen Arbeiterbewegung wird sich nunmehr auf polnischer Erde befinden. Fast neun Jahre hindurch war das Zentrum für die polnische Arbeiterbewegung im preussischen Anteil die Fremde. Im November werden es nämlich neun Jahre, als unsere polnische Organisation gegründet wurde. Der ausgestreute Same fiel auf fruchtbaren Boden und faßte tiefe Wurzeln. Aus diesem Samenkornlein entstand die heute so mächtige polnische Organisation, die sich auf Schritt und Tritt bemüht, dem polnischen Arbeiter zu Hilfe zu kommen.

Wenn die Delegierten in der Generalversammlung den Beschluß gefaßt haben, den Hauptsitz in die Heimat zu verlegen, und zwar nach Oberschlesien, so hatten sie einzig und allein das Wohl der polnischen Arbeiterbewegung im Auge, denn es braucht niemand so viel Schutz als der polnische Arbeiter in Oberschlesien. Und so ist denn auch der Beschluß der Generalversammlung von der Allgemeinheit mit größter Befriedigung aufgenommen worden.

Wenn wir uns die Lage der polnischen Arbeiter in Deutschland vor der Gründung der Polnischen Berufsvereinigung vergegenwärtigen, namentlich die in der Fremde, und sie mit den jetzigen Zeiten vergleichen, dann können wir dreist sagen, daß die polnischen Arbeiter auf dem Gebiete der Aufklärung und ebenso in sozialer Hinsicht große Fortschritte gemacht haben. Diese Fortschritte sind einzig und allein der Berufsvereinigung zu verdanken.

Die polnische Berufsvereinigung ist aus einer kleinen Gruppe von Kämpfern entstanden, die bereit

waren, sich der Idee der polnischen Arbeiterbewegung zu widmen. Unter ihnen befanden sich auch solche Leute, die an ihre eigenen Kräfte nicht glauben wollten und der Meinung waren, die polnische Organisation werde sich in der Fremde nicht halten können.

Aber schon nach einem Jahre zeigte sich in der ersten Generalversammlung der polnischen Berufsvereinigung, daß die polnische Arbeiterbewegung Existenzberechtigung hat, ja, es wurde sogar festgestellt, daß sie durchaus notwendig war, um das Gleichgewicht herzustellen zwischen den im Streite stehenden deutschen Verbänden, die anstatt die Kapitalisten zu bekämpfen, unter sich den erbittertsten Kampf um die verschiedensten Weltanschauungen führten.

Die deutschen Verbände der verschiedensten Richtung und Schattierung begannen nun, gegen die Vereinigung loszugehen; sie waren nämlich der Meinung, daß es ihnen gelingen werde, die polnische Arbeiterbewegung niederzudrücken. Es zeigte sich aber gar bald, daß die Geschosse der deutschen Verbände, welche die Vereinigung treffen sollten, nichts nützten, sie prallten an harter Mauer ab und trafen die deutschen Verbände selbst. Je härter der Kampf von Seiten der Verbände gegen die polnische Arbeiterbewegung geführt wurde, desto mehr polnische Arbeiter, die Mitglieder der deutschen Organisationen waren, traten der „Vereinigung“ bei, denn sie waren zu der Überzeugung gekommen, daß der Kampf gegen die polnische Arbeiterbewegung nicht umsonst geführt wird, daß es den deutschen Verbänden lediglich um das polnische Geld und um die Beherrschung des polnischen Arbeiters zu tun ist.

Heute haben sich die Reihen der deutschen Verbände so gelichtet, daß man in ihnen die polnischen Arbeiter an den Fingern abzählen kann, vor allen Dingen im Rheinlande und in Westfalen. Der polnische Arbeiter im Ruhrgebiete hat sich mit Hilfe der polnischen Berufsvereinigung Bedeutung und Achtung unter den Fremden erkämpft, so daß er nicht mehr zu befürchten braucht, daß das Vertrauen zur Vereinigung geringer werden wird; wenn der Zentralvorstand auch nach Oberschlesien übersiedelt, so werden doch die Reihen der Vereinigung unter der Obhut des Vorstandes der Abteilung der Bergarbeiter zunehmen wie bisher, denn auch in der Fremde befinden sich noch viele polnische Arbeiter, die nicht organisiert sind.

Der Zentralvorstand kann also dreist seine Kräfte in den Gegenden anwenden, wo noch große Flächen Landes der Bestellung harren. Dieses Land ist Oberschlesien, wo Hunderttausende polnischen Volkes arbeiten, die am meisten ausgenutzt werden.

Es ist wohl wahr, daß der Vorstand der Abteilung der Hüttenarbeiter mit Hilfe aufgeklärter Landsleute in Oberschlesien sehr viel geleistet hat, und wären nicht die Schikanen der Feinde der polnischen Arbeiterbewegung, dann wäre seine Arbeit noch viel fruchtbringender gewesen.

Aufgabe des Zentralvorstandes wird es vor allem sein, die Arbeiter zu schulen und aufzuklären, um sie mit den Arbeitern anderer Gegenden Deutschlands auf gleiche Stufe zu bringen. Es sollen die Pensionskassen, Krankenkassen und andere Arbeiterversicherungen verbessert werden. Mit einem Worte: ein ganzer Stoß Arbeit wartet in Oberschlesien auf den Zentralvorstand. In Sachen der Verbesserung der Knappschaftsleistungen hat der Zentralvorstand an den Knappschaftsvorstand in Tarnowitz bereits entsprechende Anträge abgesandt. Die Knappschaftsgeneralversammlung wird im Oktober stattfinden. Wir sind neugierig, wie die bisherigen Knappschaftsältesten, welche die Vertreter der Arbeiter sein wollen, diese Anträge unterstützen werden. Wenn die Knappschaftsgeneralversammlung

die Forderungen der Arbeiter nicht unterstützen wird, dann werden wir gezwungen sein, so lange um sie zu kämpfen, bis wir bessere Satzungen in der Knappschaft erhalten.

Außer Oberschlesien brauchen auch noch andere Gegenden in der Heimat Hilfe. Aufgabe des Zentralvorstandes wird es sein, auch in diesen Gegenden die Arbeiter unter die Fahne der Vereinigung zu bringen und ihnen zur Er kämpfung eines besseren Daseins zu verhelfen.

Der Vorstand der Abteilung der Handwerker und Arbeiter, die alles daran setzt, um den polnischen Arbeiter aus den Krallen der deutschen Verbände zu befreien, ist gezwungen, die schwersten Kämpfe zu führen, weil die deutschen Verbände alle ihre Agitationskräfte im Großherzogtum Posen verwenden.

Sorge des Zentralvorstandes wird es sein, auch dem Großherzogtum Posen zu Hilfe zu kommen. Das wird um so leichter sein, als es von Ratowiz nach hier ja nicht allzuweit ist.

Geehrte Kameraden! Wenn die Polnische Berufsvereinigung ihre Mission erfüllen soll, dann müssen wir alle Hand dazu anlegen. Kameraden! Es war euch zuerst Gelegenheit gegeben, sich mit der Idee der Vereinigung bekannt zu machen. Eure Pflicht muß es jetzt sein, diejenigen für unsere Organisation zu gewinnen, die ihr fremd gegenüberstehen. Achtet nicht auf die Schimpfereien der Verbände, auch nicht auf die Schikanen der Feinde; schreitet ruhig vorwärts — und es wird die Zeit kommen, daß es nicht einen einzigen polnischen Arbeiter mehr geben wird, der nicht in der Vereinigung organisiert wäre.

Vorwärts, Kameraden, keinen Schritt zurück! Es naht der Herbst, der für die Hausagitation die geeignetste Zeit ist. Gehet alle an die Agitation. Zeigen wir unseren Feinden, daß uns nichts von ihr abhalten kann. Zeigen wir, daß wir um unsere heilige Sache kämpfen, um die Verbesserung unserer Existenz, daß wir um das Stücklein Brot kämpfen, das man uns wegnimmt. Möge unsere dauernde Lösung sein: Einer für alle, alle für einen! Ans Werk, Kameraden, im Namen der guten Sache.

Glück zu!

Der Vorstand der Polnischen Berufsvereinigung.

Aus Nr. 39 des Robotnik (Posen)

vom 1. Oktober 1911:

Unter der Spitzmarke „Morgendämmerung“ schreibt der Robotnik u. a. folgendes:

Die Ankündigung einer besseren Zeit kann man aus dem Verlaufe der Beratungen der III. Konferenz für Auswanderer ersehen, die am 25. September aus Anlaß der allgemeinen Zusammenkunft des Verbandes „Charitas“ stattfand.

An den Beratungen beteiligten sich Männer, die sich auf sozialem Gebiete bewährt haben. Unter anderem hörten die Teilnehmer einen Vortrag über die Zahl, Entwicklung und Verteilung der Arbeit unter den Auswanderern im Deutschen Reich.

Der Missionar Lipski aus Dessau stellte den Versammelten die Notwendigkeit und den Stand der geistlichen Fürsorge für die polnischen Auswanderer vor Augen.

Das Wort in dieser Angelegenheit ergriff schließlich Bischof Schaefer aus Sachsen, der davon sprach, was für die Auswanderer in ihrer Heimat geschehen sollte. Mit Anerkennung hob er hervor, daß für die Auswanderer in den Diözesen Kalisch und Wloclawek

gearbeitet werde. Er meinte, die Geistlichkeit solle sich in der Heimat nach Möglichkeit mit der Vermittlung von Stellen befassen. Für seine Diözese wünschte der hochwürdige Bischof solche Geistlichen, welche die Muttersprache der Auswanderer gut beherrschen, da solches für die Polen durchaus nötig ist.

Für Ortschaften, in denen sich eine größere Anzahl von Arbeiterinnen befindet, fordert Redner ein besonderes Amt einer Patronin, die sich aufrichtig mit ihrem Schicksale befassen könnte. Seinen Vortrag schloß der schätzbare Seelenhirt mit folgenden Worten:

„Die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen sind im Grunde genommen gut, ihre Religiosität ist so mächtig, daß die Arbeit für sie zur wahren Herzensfreude wird. Es ist wert, für sie zu arbeiten.“

Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners.

Dem hochwürdigen Bischof gebührt tiefer Dank für die herzlichen Worte, für das tiefe und schätzbare Verständnis und für das Empfinden der Bedürfnisse unserer Brüder des Emigrantentums, für die aufrichtige Neigung, ihnen zu helfen.

Gebe Gott, daß die Beratungen der III. Konferenz in Dresden die Ankündigung einer Änderung der Verhältnisse wären, daß sie der Anfang einer fruchtbringenden Arbeit am Auswanderertum wären, daß sie der Morgen einer besseren Zukunft für sie wären.

Für uns in der Heimat ergibt sich die Pflicht, nach den Ausführungen des Bischofs Schaefer für die auswandernden Arbeiter zu arbeiten. Und wiederum stehen wir, wie schon so oft, vor der wichtigen und so unermesslich schwierigen Sache, einen Arbeitsnachweis zu schaffen, wenigstens für die Arbeiter aus unseren Gegenden, die gezwungen sind, in die weite Welt zu gehen; wir stehen ferner vor der Organisierung einer Obhut für die Leute aus unserer Heimat.

Die Sache ist unermesslich schwierig, aber ebenso unermesslich wichtig; es müssen sich aber Mittel und Wege für ihre Durchführung finden.

Aus Nr. 39 des Robotnik (Posen)

vom 1. Oktober 1911:

Wijsse.

Am Sonntag, den 24. d. Mts., fand die Generalversammlung unseres Vereins statt. Zu dieser Versammlung war der Delegierte unseres Verbandes, Herr Janczak aus Posen, erschienen. Er referierte über den Nutzen, den unsere Mitglieder aus der Zugehörigkeit zum Vereine haben. In den Vorstand wurden gewählt:

J. Jasada, Vorsitzender,
St. Szymendera, Schriftführer,
M. Grzeskowiak, Kassierer,
A. Pyżka, Bibliothekar,
R. Długosiemię, W. Kieraj,
Fr. Roskowiak, Vertreter des ersten.

Aus Nr. 10 des Spiewak (Posen)

vom 1. Oktober 1911:

Kobierno bei Protoschin.

Am 4. August d. Js. ist auf Veranlassung des hiesigen Organisten Herrn W. Ullmann ein Gesangsverein unter der Bezeichnung Chłopek (Männchen) gegründet worden. Es traten ihm 30 Personen als Mitglieder bei: Den Vorstand bilden:

Johann Czuba, Vorsitzender,
Joseph Czuba, stellvertretender Vorsitzender,
beide aus Donbrowo,

W. Ullmann, Dirigent,

L. Olejnik, Schriftführer, aus Richterowo,

J. Rzymierczak, stellvertretender Schriftführer, aus Kobierno,

J. Talarczyk, Kassierer, aus Rosenfeld,

J. Szczepaniak, Bibliothekar, aus Kobierno,

Fr. Kaczmarek, aus Donbrowo,

A. Szczotka, aus Kobierno,

J. Walak, aus Tomice, Beisitzer.

Die aktiven Mitglieder zahlen monatlich 25 Pfg., die inaktiven jährlich 1 Mk. Beiträge. Die Versammlungen finden einmal im Monat statt. Für den Gesangsvortrag gelegentlich der Zusammenkunft in Rozdrażewo (III. Gau) erhielt der Verein eine Beilegung, die ohne Zweifel zu seiner Belebung beitragen wird.

Der Verein ist dem Sängerbunde beigetreten.

Aus Nr. 10 des Spiewak (Posen)

vom 1. Oktober 1911:

Wronke.

Am Sonntag, den 10. September, ist auf Veranlassung mehrerer hiesiger Bürger hier selbst ein Gesangsverein gegründet worden. Den Vorsitz führte der Bundeschriftführer, der auch einen Vortrag über die Notwendigkeit der Pflege des Gesanges hielt.

Den Vorstand bilden: Sokolowski, Wasielewski, Chylinski, Grupinski, Sroczyński, Snięgocki, Lewandowski, Czosiński und Sulik.

Dem Verein traten 33 Personen als Mitglieder bei. Es wurde gleichzeitig der Beitritt zum Sängerbunde beschlossen. Dem neuen Vereine viel Glück.

Aus Nr. 225 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 4. Oktober 1911:

Protoschin.

In Korytki ist der landwirtschaftliche Verein, der vor 10 Jahren eingegangen ist, wieder ins Leben gerufen worden. Es haben sich über 40 Mitglieder gemeldet. In den Vorstand sind gewählt worden: Herr Dr. Czarnecki zum Vorsitzenden, Propst Thiel zum Stellvertreter, Wirt Kulak zum Schriftführer und Schatzmeister.

Aus Nr. 118 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)

vom 3. Oktober 1911:

Maszanow, den 1. Oktober.

Heute ist hier durch die Bemühungen des Geistlichen Cegielski und hiesiger Bauern ein landwirtschaftlicher Verein gegründet worden. Zum Vorsitzenden ist Geistlicher Cegielski, zum Stellvertreter Peter Urban, zum Schriftführer Josef Mieliński, zum Schatzmeister Josef Urban gewählt worden. Dem neugegründeten Verein sind sofort 43 Mitglieder, Bauern aus Maszanow und Wielowiez beigetreten. An der Versammlung nahmen der Vizepatron Herr Chłapowski aus Chotow und Herr Rotinski aus Gostyczyn teil.

Aus Nr. 225 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 4. Oktober 1911:

Die kaufmännisch-industrielle Bank in Kosten, die am 15. Mai d. Js. ihre Tätigkeit

angefangen hat, entwickelt sich günstig und normal. In dieser kurzen Zeit von 4 1/2 Monaten erreichte der allgemeine Umsatz in Einnahme und Ausgabe die bedeutende Summe von 166 202,22 Mark, auf Wechsel hat man 33 027 Mark verliehen. Diese neue Institution erwirbt sich ein immer größeres Vertrauen, wovon die immer größer werdende Summe der Depositen, deren Höhe 40 360,92 Mark beträgt, den besten Beweis liefert. Dieses Vertrauen ist auch voll und ganz begründet, wenn man bedenkt, daß die Verantwortlichkeit der Mitglieder unbeschränkt ist, d. h., daß alle Mitglieder für die der Bank anvertrauten Depositen mit ihrem ganzen Vermögen haften; unter den Mitgliedern befindet sich eine ganze Reihe von vermögenden Kaufleuten und Landwirten aus der Umgegend Kosten's. Die Bank zählt gegenwärtig 65 Mitglieder, deren Anteile 2 255 Mark betragen. Der Reservefonds beträgt schon 320 Mark.

Unsere neue Bankinstitution hat also jegliche Aussichten einer guten Entwicklung, was zweifelsohne auch der Verdienst der eifrigen und energischen Arbeit des Vorstandes und des Aufsichtsrates ist.

Aus Nr. 224 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 3. Oktober 1911:

Sparbarkeit der Kostener Kinder.

Złota Skarbona (goldene Sparbüchse).

Vor zwei Monaten brachten wir die Nachricht, daß in unserer Stadt einige Damen die Kasse „Złota Skarbona“, die die Deckung und Entwicklung des Sparsinns unter unserer Jugend durch Annahme von Ersparnissen schon von 10 Pfennig an auf der Grundlage des Wertzeichensystems bezweckt, gegründet haben. Die Entstehung der „Złota Skarbona“ hat man in völliger Würdigung ihrer weittragenden Bedeutung allgemein sympathisch aufgenommen, und zahlreiche polnische Kaufleute haben den Verkauf der Sparwertzeichen willig und uneigennützig übernommen.

Gegenwärtig, nach zweimonatigem Bestehen, zeigt es sich, daß die „Złota Skarbona“ in Kosten Existenzberechtigung besitzt und daß die Hoffnungen, welche man bei der Gründung in sie gesetzt hat, nicht betrogen haben. Die neuliche Versammlung des Vorstandes und des Aufsichtsrates stellte nämlich fest, daß die Resultate der bisherigen Tätigkeit der „Złota Skarbona“ sehr vorteilhaft und direkt überraschend sind.

Die allgemeine Zahl der Kinder, welche ihre Ersparnisse in der „Złota Skarbona“ anlegt, beträgt 230, und die Höhe der im Laufe der zwei Monate gesammelten Ersparnisse beträgt über 610 Mark; eine sehr namhafte Summe, wenn man bedenkt, daß sie überwiegend nur aus Groschenersparnissen zusammengesetzt ist. Von der allgemeinen Zahl der sparenden Kinder überschritten 70 schon 3 Mark, einige haben schon 10 Mark und mehr gespart. Die höchste ersparte Summe beträgt 13,50 Mark.

Der allgemeine Umsatz der „Złota Skarbona“ betrug im Laufe der zwei Monate 771,80 Mark.

Die Ersparnisse sind in den Kostener Banken deponiert. Alle Gelder, die in die Złota Skarbona sei es in bar, sei es in Wertzeichen, fließen, werden vom Vorstand, wenn sie die Summe von 10 Mark überschreiten, bald einer Bank überwiesen. Mittwoch, den 27. v. Mts. revidierten auf Bitten der Damen der Złota Skarbona die Herren Dr. Laurentowski (Vorsitzender der Aufsichtsrats der Bank ludowy) und Rechtsanwalt Meißner die Bücher und die ganze Tätigkeit der Złota Skarbona und fanden alles in schönster Ordnung.

Zwecks Herbeischaffung der der Złota Skarbona zur Deckung von notwendigen Verwaltungskosten nötigen Fonds hat man beschlossen, zu Weihnachten ein Weihnachtsspiel „Zasiełka“ zu veranstalten.

Hegen wir also die Hoffnung, daß die Existenz einer so nützlichen Institution eine feste Grundlage erhalten und sich auch weiterhin günstig entwickeln werde. Dieses wird vor allen Dingen von den Eltern abhängen, die immer nur bei jeder Gelegenheit ihre Kinder zur Sparbarkeit anhalten sollten, welche sie dafür später einmal segnen werden.

Zum Schluß erwähnen wir noch, daß die „Złota Skarbona“ nicht nur für die Kostener Kinder gegründet worden ist, sondern in ihr können und müssen auch die Kinder der Nachbardörfer wie aus Kielzewo, Sierakowo, Czerkow und Naclaw ihre Ersparnisse hinterlegen. Mögen die 230 Kostener Kinder den andern darin ein Vorbild sein.

Aus Nr. 18 des Kupiec (Posen)
vom September 1911:

Korrespondieren wir polnisch.

Obgleich wir schon oft über das Thema im Kupiec geschrieben haben, scheinen doch noch viele Kaufleute sich dem richtigen Grundsatz nicht anzupassen. Wir haben über manchen unserer Kaufleute erfahren, daß sie im Handelsleben ihre Muttersprache vernachlässigen. Wenn diese Sprache bei den Behörden, in den Schulen, im politischen und öffentlichen Leben vernachlässigt wird, so muß sie desto mehr im privaten, Handels- und Industrieleben geachtet werden — überall da, wo uns die abgeneigten Staatsgesetze und Verfügungen der preussischen Behörden nicht erreichen.

Die fremde Lieferanten, welche sich vielleicht anfangs an bemühen werden, die polnische Korrespondenz mit Unlust oder Verachtung zurückzuweisen, werden langsam unsere Kaufleute desto mehr achten lernen, je mehr sie ihre Muttersprache schätzen und je ausdauernder sie sich um ihre Berücksichtigung bemühen werden.

Die Ausdauer und besonders auch die Solidarität hat in der Bedeutung der gerechten Forderungen ihre Wirksamkeit, wovon wir uns oft überzeugen können. Infolge des solidarischen Vorgehens der Kaufleute im Königreich Polen und der Boykottaktion, korrespondiert der größte Teil der deutschen Fabriken mit den dortigen Kaufleuten polnisch, um sie als Abnehmer zu gewinnen. Berliner elektrotechnische Firmen begannen in sehr korrekter polnischer Sprache zu korrespondieren, ebenso Fabrikanten in Süddeutschland. Deshalb werden polnische Korrespondenten in den Fabriken und in größeren kaufmännischen Unternehmungen gesucht und für manchen unserer jungen Leute bietet sich eine vorteilhafte Brotstelle.

Die polnische Sprache soll mit den Reisenden der Engrossfirmen oder Fabriken nicht nur bei der schriftlichen Korrespondenz, sondern auch in der Unterredung gebraucht werden. Mögen sich diese Firmen um polnische Korrespondenten, Reisenden oder Agenten bemühen. Auf diese Weise erlangen viele polnische jungen Leute eine vorteilhafte Stellung, sie können in mehreren Jahren ein bedeutendes Kapital ersparen und eine ansehnliche Stellung in unserer Kaufmannschaft einnehmen.

Argus.

Aus Nr. 220 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 24. September 1911.

Aus Schrimm

schreibt man uns:

Manche deutsche Zeitungen, besonders das Posenener Tageblatt und das Schrimmer Kreisblatt, fallen über die polnische Volksgemeinschaft in Schrimm mit einer Verbissenheit her, die einer bessern Sache würdig wäre, indem sie sich der im hakatistischen Lager bekannten Waffe bedienen, d. h. indem sie die Tatsachen verdrehen und die Schuld auf die Polen schieben, und zwar in allen Fällen, in denen sie selbst in tendenziöser Weise die Gefühle der polnischen Mitbürger verletzen. Im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit haben wir die Angelegenheit des Zusammenstoßes gelegentlich des Brandes am 13. d. Mts. gründlich geprüft, und wir bringen auf Grund glaubenswürdiger Aussagen von Augenzeugen nachstehende Klarstellung:

Es ist unwahr, daß sich ein gewisser Teil der polnischen Bürgerschaft bei der Rettungsaktion unwürdig verhalten hat, indem er das Löschen des Brandes verhinderte oder die Feuerwehrmannschaften beschimpfte, und daß einer der polnischen Bürger sich besonders dadurch hervorgetan hat, daß er sich seiner Verhaftung widersetzt hat. Die Rede ist hier augenscheinlich von Herrn Falkiewicz, dessen Mobilien und Inventar, vielleicht sein einziges Vermögen, vom Brande bedroht waren. Dieser Bürger, der die völlige Unfähigkeit des Feuerwehrmanns sah, wandte sich an ihn mit der Bemerkung, daß er seine Tätigkeit gehörig aufnehmen sollte, da anders seine ganze Habe verbrennen würde. Die anwesenden Bürger stellten fest, daß jener Feuerwehrmann mit dem Wasser Schlauch durchaus nicht fertig werden konnte und es gelang erst mit Hilfe eines der anwesenden Polen, den Brand zu löschen. Der über Herrn Falkiewicz entrüstete Feuerwehrmann wandte sich schreiend an Herrn Bürgermeister Schorstein, daß dieser Herrn F. verhaften sollte, was der Herr Bürgermeister auch bereitwillig tat, indem er von dem Polizisten und Gendarmen verlangte, Herrn F. in Arrest abzuführen. Ein derart ungerechtfertigtes Umgehen mit einem Bürger, der dem Bürgermeister persönlich bekannt ist, empörte lebhaft die Anwesenden. Ein Mensch nämlich, der seine Habe zu retten bestrebt ist und vom Feuerwehrmann nur verlangt, daß er mit der Rettungsaktion schleunigst beginnen soll, verdient noch nicht, daß er arretiert wird. Wenn er ungehörig gehandelt hatte, dann stand dem Bürgermeister das Recht zu, ihn zu bestrafen. Schließlich sind doch bedeutend größere Zusammenstöße und Reibereien am Brandplatz zwischen dem Herrn Bürgermeister und der deutschen Intelligenz vorgekommen, über welche jene deutschen Blätter schweigen, die aber so herrlich charakterisieren, welche „Beliebtheit“ und welche „Achtung“ der Herr Bürgermeister in unserer Stadt genießt.

Unwahr ist ebenfalls, daß die Polen die Schläuche beschädigt haben; diese Behauptung kann man dem Sammelplatz der Bosheiten zuzählen, mit welchem die hiesigen Hakatisten die Polen bewerfen. Augenzeugen können behaupten, daß die Schuld einzig auf Seiten der ungeschickten Feuerwehrleute liegt. Die Schläuche waren nämlich fehlerhaft hingelegt und brachen nach ihrer Befestigung an den Hydranten an einigen Stellen, sodaß das Wasser nicht ruhig nach der Mündung abfließen konnte und an den gebrochenen Stellen nach außen spritzte. Daß die Polen in einem Augenblick, in welchem die Habe einer ganzen Anzahl ihrer Mitbürger-Landsleute vom Brande bedroht war, böswillig die Rettungsaktion verhindert haben sollen, das wird kein logisch denkender und nicht voreingenommener Mensch glauben. Welche Desorganisation und Rat-

losigkeit in Schrimm beim Löschen von Bränden herrscht, das hat am besten der Brand der Luzynskischen Schneidemühle gezeigt. Dort hat nämlich ein gewisser Deutscher, ein hoher Militärbeamter, geäußert, daß die Schrimmer Feuerwehr von dem Löschen eines Brandes keine Ahnung habe.

Alle Anklagen des Korrespondenten des „Kreisblatts“ muß man also als eine tendenziöse Verzerrung der polnischen Bürger ansehen, die den Zweck hat, den deutschen Haß gegen die Polen zu schüren, und die Polen als ein unruhiges Element darzustellen, mit dem die Hakatisten, jenes bedrückte Deutschtum, so schwere Arbeit haben, daß nur noch Ostmarkenzulagen, Orden und dienstliche Beförderungen die schwere Arbeit der pseudopatriotischen Karriere-reiter versüßen können. Die Bemerkung des Korrespondenten, daß die Polen nur aus Furcht vor dem drohenden Gewehrkolben der Soldaten sich bei dem Brande bei Herrn Luzynski keine Ausschreitungen haben zuschulden kommen lassen, kann man nur der ausschweifenden Phantasie zuschreiben. Das Militär erschien nämlich an der Brandstelle nicht mit Gewehren, sondern mit Spaten und Beilen.

Die Polen erfüllen überall voll und ganz ihre Pflicht, am allerwenigsten werden sie sich ihr in einem Augenblick entziehen, in welchem es sich um das Leben oder die Habe eines Landmannes handelt. Wenn irgend jemandem, so hätte jenem Korrespondenten des Tageblattes für seine lügenhafte und aufreizende Mitteilung ein Kolbenstoß gebührt. Vor der Devise, die er am Schluß seines Elaborats gebraucht hat „Gott zur Ehr, dem Menschen zur Wehr“, möge er zunächst der unsrigen huldigen: „Mit Wahrheit und Gott“. Mögen sowohl er, als auch seine chauvinistischen Parteifreunde sich an die Wahrheit und Gerechtigkeit halten, mögen sie nicht Hand anlegen an die Knebelung ihrer polnischen Mitbürger, mögen sie aufhören mit der Politik der Nadelstiche, und dann werden sie sich überzeugen, daß man in diesem Lande friedlich leben kann. Es bestand hier noch unlängst eine gut organisierte und ausgebildete freiwillige Feuerwehr, die der Stadt im Falle eines Brandes unschätzbare Dienste leistete. Diese Organisation bestand, abgesehen von einigen Deutschen und Juden, einzig aus Polen. Der Bürgermeister, der schon in Sachen der Gilde eine traurige Rolle gespielt hatte, begann auch in der Feuerwehr mit verschiedenen Schikanen. Unter anderem verbot er den Polen, unter einander polnisch zu sprechen, und er bestrafte sie, wenn er ein polnisches Wort hörte. Es ist klar, daß ein derartiges Verhalten des Bürgermeisters die polnischen Feuerwehrleute empörte, und daß alle, die sich in ihrer nationalen Würde getroffen fühlten, scharfweise ihre Uniformen und Gerätschaften im Rathause abgaben und ihren Austritt aus der Feuerwehr erklärten. Jetzt griff der entrüstete Bürgermeister zu weiteren Schikanen. Man stellte alle polnischen Bürger in die Zwangsfeuerwehr ein, auch Halbblinde und Kranke, und man ruft sie fast jeden Sonn- und Feiertag früh um 1/2 7 Uhr zu Probeübungen zusammen, zu derselben Zeit, in welcher die Leute zum Gottesdienst in die Kirche gehen. Der Erfolg ist der, daß verschiedene Bürger sich zu den Übungen nicht stellen, weil sie gemäß den gesetzlichen Vorschriften die Sonn- und Feiertage für Tage des Gebets und der Ruhe halten. Und wie aus einem Füllhorn fließen seitens des Bürgermeisters Polizeistrafen, und da kein polnischer Bürger daran denkt, sie zu bezahlen, wartet unser eine ganze Reihe gerichtlicher Prozesse.

Möge also der unparteiische Leser nach dem Durchlesen der vorstehenden Ausführungen darüber nachdenken, welche Seite unaufhörlich Erbitterung und

Unfrieden hervorruft, und er wird sich unzweifelhaft davon überzeugen, unter welch' schwierigen Verhältnissen die polnische Volksgemeinschaft hier auf der Erde ihrer Vorfahren um ihre Existenz kämpfen muß. Der hiesige Bürgermeister Schorstein ist durch sein unaufhörliches herausforderndes Verhalten gegenüber den Polen zu einer allgemein verhassten Persönlichkeit geworden und er hat die erforderliche Hochachtung völlig verloren. Sogar die intelligenten Deutschen drücken sich über ihn sehr wenig schmeichelhaft aus. Man muß sich wundern, daß seine vorgesetzte Behörde ein derartiges Verhalten duldet. Es ist unmöglich, daß es so weiter gehen sollte!

Aus Nr. 214 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 17. September 1911:

Unangebrachter Rat.

Manche Zeitungen schreiben, daß die Handwerkerkammer in Bromberg bei der Unterbringung von Lehrlingen vermittelt. Die Handwerker können durch das Bureau der Kammer Lehrlinge suchen, und die Eltern, wenn sie ihre Söhne in die Lehre geben wollen, können sie durch Vermittlung des Bureaus unterbringen.

Wir zweifeln daran, ob es angebracht ist, die Vermittlung der Handwerkerkammer in Anspruch zu nehmen. Bekanntlich streben bei uns alle Institutionen, ohne Rücksicht auf die von ihnen zu erfüllenden Aufgaben, danach, das Deutschtum zu kräftigen. Die Handwerkerkammer in Bromberg bildet sicher keine Ausnahme und sie wird bemüht sein, so zu arbeiten, daß bei der Vermittlung das Deutschtum gut fortkommt. Wie sie dies machen wird, kann man sich leicht denken. Es genügt, daß sie polnische Knaben deutschen Meistern übergeben wird, wo sie sich verdeutschten werden.

Es ist also besser, wenn die polnischen Eltern ihre Söhne ordentlichen polnischen Meistern in die Lehre geben und die Vermittlung der Handwerkerkammer nicht in Anspruch nehmen werden.

Aus Nr. 223 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 1. Oktober 1911:

Aus Butkowitz (Kreis Fraustadt) erhalten wir folgendes Schreiben: Im April nächsten Jahres scheidet der hiesige Lehrer und Organist Herr Lange aus dem Dienst. Das Lehr- und Organistenamt sind hier organisch verbunden und nicht teilbar. Nach dem Tode des Geistlichen Turkowski, eines warmen Verteidigers der Gemeinde und Pfarodie, beabsichtigt der gegenwärtige Kirchenvorstand freiwillig auf seine Schulrechte zu verzichten, um irgendeiner protegierten Person das Organistenamt übertragen zu können. Der Behörde kommt das sehr gelegen, denn schon jetzt kommen ihre Absichten zum Vorschein. Die Behörde, welche nach den in der Gemeinde niedergelegten schriftlichen Beweisen schon vor sieben Jahren erklärt hat, daß sie auf dem gemeinsamen Organistenacker kein Schulgebäude errichten könne, hat vor einem Jahre bei völlig apathischer Beteiligung des Kirchenvorstandes mit dem Schulvorstand beschlossen, daß der bisherige Stand des Schulvermögens nicht weiter bestehen könne. So also wird die an und für sich schon arme Gemeinde mit Willen oder aus Unbeholfenheit des Kirchenvorstandes den Organisten aus eigenen Mitteln unterhalten müssen. Zu diesem Zwecke werden die Steuern zu kirchlichen Diensten erhöht und außerdem nun eine Organistensteuer festgesetzt werden, um dem Organisten eine Existenz zu sichern. Die Behörde beabsichtigt für die Abtretung der Schule, welche ihren Zwecken nicht mehr entspricht,

als Organistenwohnung die Forderung eines Schulneubaus im Werte von 75 000 Mk. zu stellen, soweit die Gemeinde nicht durch Zulassung einer konfessionslosen Schule, wie dies im nahen Poszwientno der Fall ist, sich nicht Erleichterungen verschaffen wird. In einem solchen Falle wird die Behörde hier zwei evangelische Lehrer anstellen und, sich mit dem Fehlen eines der polnischen Sprache mächtigen Lehrers entschuldigend, den Religionsunterricht in der polnischen Sprache abschaffen. Im Interesse der steuerzahlenden Bürger wird dem Kirchenvorstand hiermit die kurze Frage vorgelegt, was er zu tun beabsichtigt oder ob er ohne die ihm zu Gebote stehenden Verteidigungsmittel zu gebrauchen, auf den bisherigen Stand der Dinge verzichtet!

Aus Nr. 220 des Lech (Gnesen)
vom 26. September 1911:

Ein Mustererzieher der Jugend.

Die Strafkammer in Hohenhausen hat den Lehrer Georg Rhode aus Gieslin wegen Sittlichkeitsverbrechen, die er seit Jahren an Schulkinder begangen hatte, zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht billigte ihm mildernde Umstände zu, weil er alles gestanden hatte, sodaß die Zeugen nicht verhört werden brauchten. Es nahm deshalb davon Abstand, ihn mit Zuchthaus zu bestrafen.

Rhode ist ein wahrer „preußischer Kulturträger“, der, da er der polnischen Nation keine Schande machen wollte, seinen schönen polnischen Namen fallen ließ und einen kulturelleren deutschen annahm. Wir beneiden das Deutschtum nicht um diese Errungenschaft. Bedauern muß man indessen einzig, daß ein derartiges Verhalten der Lehrer, das sich oft genug wiederholt, ganze Jahre hindurch der Aufmerksamkeit der vorgesetzten Behörde entgehen kann. Augenscheinlich nimmt das Ausbreiten des Deutschtums die Aufmerksamkeit der preußischen Pädagogik so in Anspruch, daß sie ihr für andere Zwecke nicht ausreicht.

Anonymer, in Posen im geheimen verbreiteter Aufruf.

Wer der vaterländischen Sache gleichgiltig gegenübersteht, der verrät sie allmählich.

Lehren wir unsere Kinder polnisch lesen und schreiben! — fordern täglich alle Zeitungen, aber die Gesamtheit der Frauen schenkt dem keine Aufmerksamkeit. Lehret unsere Kinder die Religion, das Lesen und Schreiben in polnischer Sprache! — ertönt der Schrei der Bitte aus der mit Gram erfüllten Brust der Eltern, die auf ihre verwilderten Kinder blicken, die im Meere des Deutschtums untergehen.

Müssen wir nicht mit Scham erröten, daß die Aufforderungen eine solche Aufnahme finden? Es darf keine polnische Frau, es darf keine einzige, sei sie jung oder alt, oder verheiratet, oder sogar Mutter, die Aufforderungen der Zeitungen, das schmerzliche Rufen der Eltern gleichgiltig anhören — es ziemt sich nicht, gleichgiltig zuzusehen, wie Polen seine jüngsten Kinder verloren gehen, alltätlich verblendet von den uns feindlichen Elementen. Gehorchen wir den Ermahnungen zur Arbeit, stillen wir den Schmerz der Eltern, gewähren

wir allen polnischen Kindern die Aufklärung in der Muttersprache, führen wir sie zu Gott und zur Nation.

Mütter! Habet ein Herz auch für die Kinder anderer Mütter und vor allen Dingen für jene Armen, denen die Last der schweren Arbeit nicht gestattet, sich um ihre Kinder auch nur zum tausendsten Teil so zu bekümmern, wie ihr euch um die euren bekümmert, nähret nicht eure und eurer Kinder Herzen mit „dem Schmutz der Selbstsucht.“

Der moralische Wert des Menschen beruht doch nur auf dem, was er von sich selbst dem andern gibt — ohne diese Gaben würde sein Leben vertrocknet und, trotz Wohlhabenheit, sehr arm sein.

Die Frage des Unterrichts der armen Kinder in der Muttersprache ist eine so große, so heilige, so grundlegende beim Aufbau des Vaterlandes, daß man sie nicht mit dem Bröckchen Zeit abspesen darf, das nach den täglichen häuslichen Beschäftigungen, Vergnügungen, Spaziergängen noch übrig bleibt.

Wenn wir der Muttersprache Ehre erweisen, wenn wir sie über alles in der Welt lieben, dann laßt uns auch dem Unterricht in derselben etwas von den überflüssigen häuslichen Beschäftigungen opfern, die einzig unsere Bequemlichkeit im Auge haben, die sogar hinsichtlich der Pflichten dem Lande gegenüber uns von sich abhängig macht.

Und an euch, Väter, Männer und Brüder, wenden wir uns mit der innigen Bitte, störet uns nicht verwehret nicht euren Töchtern, Frauen und Schwestern, sich an diesem fruchtbringenden Werke zu beteiligen! Ermuntert sie vielmehr zur gemeinsamen Arbeit mit uns, die allerdings viel Lust und Liebe, aber nicht allzu viel Zeit erfordert.

Auch ihr dürft dieser brennenden Frage gegenüber nicht gleichgültig bleiben, alle sind wir dazu berufen, „aus dem Verfall wieder hochzubringen, was sich wieder aufrichten muß.“

Erbauet Polen in euren Herzen! Erbauen wir die rein polnischen Herzen und die wahre und lebenskräftige polnische Seele. Mütter! Polinnen! erbauet Polen in den Herzen eurer Kinder, und dann werden diese eure Söhne und diese eure Töchter im Leben und durch das Leben Polen aufbauen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 114 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 26. September 1911:

Der neue Oberpräsident des Großherzogtums Posen.

In der letzten Nummer hatten wir kurz mitgeteilt, daß anstelle des hartnäckigen Feindes der Polen Herrn v. Waldow der Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff zum neuen Oberpräsidenten des Großherzogtums Posen ernannt worden ist, den die deutschen Blätter, und besonders die hakatistischen sehr ungern in dieser Stellung sehen, weil sie ihn verdächtigen, daß er für die Polen zu milde ist und unter seinem Regime die antipolnische Politik sehr nachlassen, ja vielleicht sogar ganz aufhören werde.

Über diesen neuen Präsidenten Herrn Schwarzkopff schreiben natürlich alle Zeitungen, und auch die polnischen Blätter befassen sich mit ihm. Die Nachricht der deutschen Blätter über ein milderes Regime gegenüber den Polen im Posenschen muß jedoch ganz vorsichtig aufgenommen werden, denn ein deutsches Blatt hat schon ganz richtig geschrieben, daß nicht der Oberpräsident in Posen den politischen Ton angibt, sondern daß immer Berlin regiert. Der Oberpräsident kann

ja zwar einen anständigeren und taktvolleren Ton bei der Ausführung der Anordnungen wahren, aber das herrschende System kann er nicht ändern.

Herr Schwarzkopff ist doch schließlich gar kein Freund der Polen, im Gegenteil, er hat manchmal im preussischen Landtage als Vertreter des Kultusministeriums das preussische System hartnäckig verteidigt und unsere Volksgemeinschaft verschiedentlich angegriffen. Er besitzt den Titel eines Doktors der protestantischen Theologie, was zu bedeuten hätte, daß der Protestantismus in unserem Großherzogtum eine starke Unterstützung erwarten kann. Ferner war Herr Schwarzkopff Berater in der Ansiedlungskommission, was uns gewiß nichts Gutes prophezeit. Die hakatistische Schlesiische Zeitung erwähnt, daß der neue Oberpräsident hinsichtlich der Polenpolitik kein unbeschriebenes Blatt sei, denn er sei daher bekannt, daß er während des Schulstreiks eine starke Hand gezeigt habe.

Ein milderes Regime in Preußen uns gegenüber ist garnicht zu erwarten. Geben wir uns in dieser Beziehung keinen Illusionen hin. Die preussische Regierung hat ihr System, um uns nach Möglichkeit zu schwächen, und daran hält sie fest. Denn in politischer Beziehung sind wir doch fast aller Rechte bar. Was den Deutschen erlaubt ist, ist uns verboten. Die Deutschen lernen in der Schule deutsch, und die Polen haben nicht ein Krümchen polnischer Sprache. Die Deutschen können ungehindert Grundstücke erwerben und darauf bauen, während man uns in dieser Beziehung Einschränkungen macht, die aller Gerechtigkeitsgefühle spotten.

Das sind nur zwei der krassesten Beispiele unserer Gleichberechtigung. Wie kann man sich angesichts dessen auf das Gerechtigkeitsgefühl berufen?

Die polnische Nation weiß und rechnet damit, daß das System der Ausrottung des Polentums auch weiterhin daselbe bleiben wird. Es wird sich nur die Methode, die Art und Weise des Vorgehens, handeln. Wir glauben aber daran, daß die Gerechtigkeit siegen wird.

Aus Nr. 115 des „Pielgrzym“ (Pelplin)
vom 26. September 1911:

Zum Wechsel im Posener Oberpräsidium

schreibt der „Pielgrzym“ im Anschluß an die Wiedergabe des von deutschen Blättern veröffentlichten Artikels des Geheimrats Witting:

Die obigen Verlautbarungen des früheren Oberbürgermeisters von Posen, Witting, sind interessant. Er bemerkt ausdrücklich, daß eine Änderung in der antipolnischen Politik durchaus erforderlich sei, um sie vor dem endgültigen Bankrott zu retten. Aus dem, was Witting geschrieben hat, ersehen wir klar, daß die neue Art und Weise des Bethmann-Hollweg, Schorlemer, Schwarzkopff usw. für uns viel gefährlicher werden kann, wie der Lärm und das Geschrei der Hakatisten. Darum müssen wir auch wachen, die Augen offen halten und unsere nationalen Schätze nach Kräften verteidigen. Ein nüchterner Verstand ist in der Politik durchaus notwendig, und dieser nüchterne Verstand empfiehlt uns Vorsicht und eine um so stärkere Verteidigung gegen die auf unser Verderben lauenden Feinde.

Aus Nr. 115 der Głos Wychodźcy (Herne)
vom 27. September 1911:

Aus Danzig erhalten wir folgende Korrespondenz:

Zoppot hat, trotz der vorgerückten Jahreszeit die Ehre, in seinen Mauern einen Vertreter der polnischen Reichstagsfraktion — Roman Janta-Pelczynski aus Zabiezyn als Gast zu beherbergen. Natürlich fesselt ihn nicht die Notwendigkeit der Ausspannung allein, noch die verhältnismäßig guten Konzerte der Kurfapelle, die der Herr Abgeordnete als Musiker liebt, an die „Riviera des Ostens“, sondern hundertmal mehr die Sorge um das Abgeordnetenmandat in den künftigen Wahlen, welche im Januar künftigen Jahres stattfinden sollen. Der Herr Abgeordnete besitzt trotz der völligen Ignorierung des Wahlkreises Neustadt-Karthaus-Putzig, welchen er vertritt, den Ehrgeiz, Abgeordneter zu sein und dem Volke über die 20 jährige „schwere und mühsame“ Arbeit hinaus sowohl im Reichstag als auch im Lande weiter zu „dienen“. Weil er sich jedoch zweifellos bewußt ist, welches Urteil seine Wähler über diese seine Arbeit und Bemühungen um ihr Wohl besitzen, so fühlt er wenigstens jetzt die Notwendigkeit, im Wahlkreise zu erscheinen, um den bisherigen schlechten Eindruck, den er durch sein Verhalten hervorgerufen hat, zu verwischen. Zu diesem Zweck gebraucht er die wenigen Volks- und landwirtschaftlichen Vereine, welche gewöhnlich am Sonntag nach dem ersten ihre Versammlungen veranstalten, und welche jetzt zur Bequemlichkeit des Abgeordneten auf Bestellung auch für einen andern ersten besten Sonntag des Monats einberufen werden. Die Wochentage vertreibt sich der Herr Abgeordnete damit, angesehenen Leuten des Wahlkreises sich gefügig zu machen und die Annehmlichkeiten Zoppots zu genießen, an Sonntagen schwitzt er umso mehr in den Versammlungen der genannten Vereine und bemüht sich, dem Volke die preussischen Ungerechtigkeiten zu schildern, welche von den Danziger volksparteilichen Agitatoren hundertmal deutlicher und nachdrücklicher besprochen worden sind. Um die Wartezeit zu verkürzen, läßt der Herr Abgeordnete auch zwei Versammlungen an einem Tage einberufen, und reist, um sich besser zu repräsentieren, mit Gefolge und — wie es scheint — mit einem Korb Wein, um an Ort und Stelle sowohl sein Gefolge, als auch die bürgerlichen Führer der genannten Vereine traktieren zu können. Das ist es, was den Herrn Abgeordneten so sehr an Zoppot fesselt! — Doch es verlohnt sich, einen der letzten Ausflüge infolge des überaus grellen und empörenden Vorganges, welcher dabei stattgefunden hat, näher zu beschreiben.

Sonntag, den 10. d. Mts. hat man zwei Versammlungen in zwei von einander nicht weit entfernten Ortschaften angekündigt, die eine Versammlung auf 3 Uhr in Schwabzryn, die andere auf 5 Uhr in Groß-Kath, einem Dörfchen, in welchem bei einer der ersten Versammlungen des neugegründeten Vereins zu den bekannten Reibereien mit dem Polizeiorganen gekommen ist und welche noch jetzt eine höhere Gerichtsstanz beschäftigen. Der Herr Abgeordnete machte sich auf den Weg in Gesellschaft des zum Teil von ihm abhängigen Pächters des Verlags der Gazeta Gdanska Herrn Konieczny und des hier bekannten vom Verbandspatronat bezahlten Volksagitors Schneidermeister Herrn Pokorniewski — zweier Persönlichkeiten, die nicht aus Überzeugung — (der letztere hat geäußert, daß er und der Agitator Herr Schulz die Erringung des Mandats durch Herrn Janta-Pelczynski vereiteln werden!), sondern für die ihnen seitens der Abgeordneten erwiesenen Liebenswürdigkeiten — vielleicht sogar klingenden! — ihm völlig ergeben sind, und die nicht den Mut besitzen, ein Wort der Kritik über die Tätigkeit sei es des Abgeordneten, sei es der polnischen Fraktion überhaupt zu reden, umso weniger den Abgeordneten in solch wichtigen laufenden Fragen, wie der Zollfrage, der Finanzreform und der Frage der

bei uns rapide wachsenden Teuerung zu interpellieren, obwohl der Herr Abgeordnete mit dem gewesenen Abgeordneten Herrn Komierowski in der in Berent unlängst stattgefundenen Delegiertenversammlung der landwirtschaftlichen Vereine mit dem nach ihrer Meinung notwendigen Postulat der in der nächsten Reichstagsperiode nötigen Durchführung nicht nur einer bedeutenden Erhöhung der Schutzzölle für landwirtschaftliche Produkte, sondern auch Zölle für Geflügel und Eier, weiter tierärztlichen Verschärfung zwecks Verhütung der Zufuhr von ausländischem Vieh, besonders auch der Schweine, worüber allerdings die sozialdemokratischen Blätter referierten, die polnischen dagegen sich auszuweichen — hervorgetreten ist.

Der Schreiber dieser Zeilen und mit ihm der hier bekannte sehr rührige Patriot aus Zoppot, Herr Wladislaus Grabla-Mscizewski, welcher früher in Berlin wohnte und welcher das Unglück hat, wahrheitsliebend zu sein und die nationalen und religiös-kirchlichen Sachen anders aufzufassen als der Rest der Gesamtheit, gingen ebenfalls nach Groß-Kath. Herr G., welcher Kaufmann ist, hat sich ihnen angeschlossen, Herr Mscizewski hatte allerdings die Absicht, den Herrn Abgeordneten in der oben erwähnten Angelegenheit zu interpellieren und ihm Mangel an Pflichtbewußtsein gegenüber den Wählern und geringe Kenntnis ihrer Bedürfnisse vorzuwerfen. Kaum sind wir am Bestimmungsort angelangt und im Versammlungslokal, wo wir uns dem dort anwesenden Schriftführer vorstellten, erschienen, so fing man mit dem eben angekommenen Vorsitzenden ein heimliches Geflüster an. Dieser trat nun an Herrn Mscizewski heran und erklärte ihm, daß er als Ungeladener an der Versammlung nicht teilnehmen könne. Herr Mscizewski antwortete, daß er garnicht daran denke, an der Versammlung teilzunehmen, wenn man ihm das Gastrecht verweigere. Trotzdem hat man nach Ankunft der „geladenen Gäste“ wiederum Beratungen folgenden Inhalts gepflogen:

Der Vorsitzende zum Abgeordneten: „Hier ist eine Gott verleugnende Person anwesend. Soll diese an der Versammlung teilnehmen?“

Der Abgeordnete: „Könnte das vielleicht nicht irgend ein Spizel sein?“

Als ich den Abgeordneten darauf aufmerksam machte, daß die Person, von welcher die Rede ist, ein vorzüglicher Pole sei, welcher allerdings die religiös-kirchlichen Angelegenheiten anders auffasse als andere Menschen, der aber trotzdem tief religiös sei, und weiter, daß die betreffende Person Herr Grabla-Mscizewski aus Zoppot sei, antwortete Herr Janta-Pelczynski:

„Wenn Herr M. anwesend sein wird, so werde ich nicht sprechen.“

Meine weitere Erklärung und das Hinstellen der Tatsache der Verweisung des Herrn M. als eines Akties unerhörter und schreiender Ungerechtigkeit nützten nichts; Herr Redakteur Konieczny erhielt die Weisung, den ungebetenen Gast aufmerksam zu machen, daß es ihm nicht erlaubt sei, an der Sitzung teilzunehmen, was er auch eifrig ohne jegliche Notwendigkeit tat, statt mutig den Geschädigten im Namen der jedem Polen zukommenden Bürgerrechte zu verteidigen. Kein Wunder dann, wenn Herr M. angesichts der unwürdigen Behandlung seitens der Vertreter der Presse sich an ihr moralisches Niveau haltend sie in ihrem wahren Lichte, in welchem sie sich in letzter Zeit selbst repräsentierten, zeigte.

Angesichts der Vorfälle, die sich in Groß-Kath ereigneten, erstarrt einem das Blut in den Adern; es erstarrt um so mehr, da gerade ein Vertreter der polnischen Presse Veranstalter derselben ist (er erdreistet

sich noch, auf die Gewalttätigkeiten der Polizei in Radz zu schreien!), und dem Herr M. bisher nichts Böses getan hat. Das Verhalten des Abgeordneten, dessen bisherige sozial-politische Arbeit sich den durch ihn repräsentierten Sphären gegenüber in so schlechtem Lichte zeigte, ist allerdings verständlich, denn die ihm seitens des Herrn M. drohende Möglichkeit der Niederlage hätte ihm keinen besseren Ausweg aus dieser Situation — wie sie das feige Zurückweichen und die Deckung durch Drohung des Nichtsprechenwollens boten — schaffen können.

Herr Grabla-Miszewski verließ ruhig das Lokal mit Herrn G., den man, obwohl auch er nicht eingeladen war, nach Kräften zurückhalten wollte. Herr G. beschloß, empört über das Herrn M. angetane Unrecht, niemals an Versammlungen und Vereinen, wo Dummheit und Bosheit jegliche Gerechtigkeit und Sittlichkeit mit Füßen tritt, teilzunehmen.

Die Sitzung konnte nunmehr ohne jegliche Besorgnis stattfinden. Der Herr Abgeordnete sprach — wie überall — über die preußischen Uneinigkeiten und übergang schweigend die brennenden Fragen. Es folgten „Bravos“ und „Er lebe hoch!“ Erwähnenswert sind noch die widerliche Schmeichelei und Kriecherei des Abgeordneten gegenüber dem dummen Volke, die Küsserei und Leckerei mit den Bauern, seine Bücklinge vor dem Redakteur und den Volksagitatoren, die er (später kamen zwei an!) sogar nach Zoppot einlud — und schließlich ein Gelage, auf dem der höchstwahrscheinlich mit dem Abgeordneten zusammen angekommene Wein floß, denn es ist unmöglich anzunehmen, daß das Volk in Groß-Radz Wein, wenn auch zu Arzneizwecken, besitzt. Der Unterschriebene wandte sich von der Orgie, deren Zeuge er war, mit Ekel ab. Und das nennt man bei uns: Aufklärung des Volkes. J. K.

Aus Nr. 78 des Mazur (Ortelsburg)
vom 28. September 1911:

Adam Przygoda
oder

**wie können die Konservativen und Liberalen
es wagen, bei den Wahlen die Stimmen
der Masuren zu fordern.**

In der Angelegenheit des Adam Przygoda fangen auch die deutschen Zeitungen an zu schreiben. Heute kann man schon dreist sagen, daß die ganze Welt die Erlebnisse des Adam Przygoda in Masuren erfahren wird.

In der Nummer 217 der deutschen Zeitung Westpreussisches Volksblatt befindet sich der ganze Brief des Adam Przygoda in deutscher Sprache übersetzt.

Das Westpreussische Volksblatt fügt hinzu:

„Diese einfache, ungekünstelte Darstellung wirkt erschütternd. Wollen die Konservativen, als „ausgesprochene christliche Partei“ die Verantwortung tragen für ein Gesetz, welches derartig **barbarische Härten zeitigt?**“

Es ist doch bekannt, wie vor einigen Jahren in Oberschlesien der Invalide Chroicz aus Verzweiflung **den Gendarm erschloß,**

als dieser mit einem Maurer erschien, um ihm den Herd abzubringen, und der sich dann selbst entleibte. Die Gegner der Konservativen haben sich bereits des Falles bemächtigt, um durch dessen Ausbeutung die Wähler gegen die Konservativen mobil zu machen. Wo aber soll ein Staatswesen landen, das derartiger Mittel glaubt nicht entraten zu können.“

Ein derartiges Gesetz, mit Hilfe dessen man Leute aus dem Hause aufs Pflaster werfen kann, hat niemand

anders beschlossen, als die Konservativen und Liberalen, dieselben, die sich jetzt um die Stimmen der Masuren bemühen, dieselben, die Tausende von Morgen an Polen verkaufen und das Geld in die Tasche stecken. Jeden Augenblick schreiben die Zeitungen, daß ein Konservativer oder Liberaler Tausende von Morgen an Polen verkauft habe.

Und der Pruski Przychiaciel spottet des Przygoda und seiner Lage in Nr. 37. Ein elender Laie der Feinde des masurischen Volkes.

Die Konservativen und Liberalen bemühen sich jetzt um die Stimmen der Masuren. Geht in die Versammlungen und fragt Herrn Bieberstein und Herrn Bürgermeister Mey aus Ortelsburg, wer ein derartiges Gesetz beschlossen hat, kraft dessen man königs- und staats-treue Leute aus dem Hause hinauswerfen kann?

Frage sie, ob es wahr ist, daß sie haben wollen, daß dem Volke das Land abgenommen wird, d. h. daß die Regierung die Enteignung einführt?

Die Konservativen, Nationalliberalen und Katoliken aus den „Ostmarkenvereinen“ wollen dem Volke das Land fortnehmen.

Rufet ihnen in den Versammlungen nur das Wort „Przygoda“ zu und hört nicht auf die heuchlerischen Versprechungen, denn sie sind nicht eure Freunde, sondern eure Feinde.

Rufet ihnen „Przygoda“ zu und verlasset den Saal, denn sie sind nicht wert, daß man sie anhört, diese Heuchler!

Wie können die Konservativen und Liberalen es wagen, bei den Wahlen die Stimmen der Masuren zu fordern. Fort mit ihnen!

Aus Nr. 77 des Mazur (Ortelsburg)
Vom 24. September 1911:

Volksbibliothek.

Bei Herrn Labusch in Hasenberg befindet sich eine „Volksbibliothek“, aus der die Masuren nützliche Bücher kostenlos leihen können. Die Bücher müssen aber in der vorgeschriebenen Zeit zurückgegeben und dürfen nicht beschädigt werden.

Aus Nr. 115 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 26. September 1911:

Polnische Fibel!

Schließlich haben wir die langgehegte Absicht ausgeführt. In der vorigen Woche haben wir unserem Blatt die für das polnische Volk oder vielmehr für seine Kinder schon längst vorbereitete **polnische Fibel** beigelegt.

Vorläufig haben wir diese Fibel in 100 000 Exemplaren gedruckt, und nur einige sind uns übrig geblieben. Unser Verleger wird es aber bei diesem einen Hunderttausend nicht bewenden lassen, sondern er hat schon Auftrag gegeben, ein zweites Hunderttausend zu drucken, und ihm werden wohl ein drittes, viertes und fünftes folgen. Unser Verleger hat z. B. etwa eine halbe Million verschiedenster Liederbücher unter das Volk kostenlos verteilt, darum ist es auch sein Wunsch, ebenso viele unserer Fibern unter das Volk kostenlos zu verteilen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 220 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 27. September 1911:

Kardinal Ropp als Beistand der preussischen Polizei.

Das neueste Heft des Amtsblatts für die Diözese Breslau enthält die nachstehende Verfügung:

(Rückübersetzung aus dem Polnischen): „Auf die hohe Anordnung Sr. Eminenz machen wir darauf aufmerksam, daß es ungebührlich ist, Parochialhäuser und Grundstücke für politische Agitationsversammlungen herzugeben, und daß es eine bedauernde Schädigung der Einflüsse des Propstes auf die Parochie bedeutet, wenn ohne seine Einwilligung andere Geistliche in der Parochie Wahl- und Agitationsreden halten.“

Diese Verfügung ist wiederum gegen die polnische nationale Bewegung gerichtet. Es ist bekannt, wie in Oberschlesien die Polizei Versammlungen erschwert und unmöglich macht, so sehr sie irgend kann, sei es unmittelbar oder mittelbar durch Druck auf die Saalbesitzer. In letzter Zeit haben mehrfach polnische Geistliche, besonders Abgeordnete geistlichen Standes, ihre Grundstücke zu politischen Versammlungen hergegeben. Jetzt schreitet hiergegen der Kardinal Ropp ein, indem er der preussischen Polizei und dem antipolnischen System einen schätzenswerten Dienst leistet.

Damit ist es jedoch nicht genug. Kardinal Ropp verurteilt die politische Tätigkeit von Geistlichen in fremden Parochien. Auch hier hat er es wiederum auf die polnischen Geistlichen abgesehen, die in letzter Zeit in verschiedenen Versammlungen gesprochen haben, und er unterwirft ihre politische Tätigkeit der Kontrolle durch die Zentrumsgeistlichen. Kardinal Ropp verquickt wiederum die Politik mit kirchlichen Angelegenheiten.

Diese Verfügung wird zweifellos die Verhältnisse zwischen den nationalen Geistlichen und der geistlichen „Behörde“, sowie zwischen der nationalpolnischen Bewegung und dem Zentrumslager wesentlich verschärfen. Wird die Autorität der geistlichen Behörde dabei gut abschneiden? Wird das Zentrum gewinnen? Auf die letzte Frage werden die Wahlen die Antwort geben.

Die katolische Presse triumphiert und sie benennt die geistlichen Abgeordneten Brandys, Jankowski und Wajda geradezu als die, gegen welche Kardinal Ropp seinen Schlag geführt habe.

In dieser Sache erhalten wir aus Kreisen der nationalen Geistlichkeit in Oberschlesien von angesehener Seite her die nachstehende Zuschrift:

Als ich die Neuigkeit las, dachte ich bei mir: „Wo die preussische Polizei und die preussischen Gerichte nicht hin können, da schicken sie einen katholischen Bischof hin. Das Vereinsgesetz ist dem Bischof oder vielmehr den Zentrumsleuten und Regierungsparteilern den Polen gegenüber noch zu lind, darum erläßt der Kardinal als Vertreter des heiligen Geistes einen Ukas, der sich von den russischen und preussischen Ukasen gar nicht unterscheidet. Wo ist das Kirchenrecht? Und wenn ein Propst die Propstei und die zu ihr gehörigen Grundstücke nicht ungebunden zu geziemenden, wenn auch politischen Zwecken verwenden darf, mit welchem Recht darf man da in den bischöflichen Konvikten unaufhörlich eine geradezu wilde politische Heze betreiben? Höchstens nach preussischem, nicht nach katholischem Recht.“

Aus Nr. 224 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 29. September 1911:

Der „schwarze Adler“ zeigt die Krallen.

Der Herr Kardinal Ropp in Breslau ist dafür bekannt, daß er die Polen nicht liebt. Angenehm sind seinem Herzen nur die Deutschen, und fast zwei Millionen polnische Katholiken behandelt er stiefmütterlich. Es ist also kein Wunder, daß er bei der preussischen Regierung, die doch ebenfalls den Polen nicht gnädig gesinnt ist, in Gnaden steht. Es ist doch bekannt, daß die preussische Regierung alle ihre Untertanen lutherisieren möchte, aber zunächst muß sie sie verdeutschern, denn ein richtiger Pole läßt sich nicht lutherisieren. Da ihr nun bei dem Werke des Verdeutschens der Herr Kardinal Ropp so wacker hilft, verlieh ihm dafür der preussische König den Orden vom schwarzen Adler, den höchsten in Preußen bestehenden Orden.

Es ist klar, daß man sich für eine solche Auszeichnung der Regierung wieder gefällig erweisen muß, weil anders der preussische Vogel auf der Brust des Kardinals nicht ruhig sitzen könnte. Und eine Gelegenheit, Dankbarkeit zu zeigen, ist leicht zu finden. Die Polen erstreben polnische Gottesdienste, und manche polnische Priester zeigen Liebe zum polnischen Volk. Hier also muß man einsehen.

Jeder ehrliche Mensch weiß und gibt zu, daß in der Kirche unser Herr Christus alle Völker zu lehren befohlen hat. Das bedeutet, daß die Lehre in der Muttersprache stattfinden soll. Der Herr Kardinal Ropp verbot unter dem Einfluß der Einflüsterungen des schwarzen Adlers, polnische Gottesdienste in Gegenden einzuführen, in welchen Polen wohnen und diese Gottesdienste mit Recht verlangen.

Dieses Verbot schreit um Rache gen Himmel und zeigt, wie die wichtigsten Grundlehren der katholischen Kirche von einem Kirchenfürsten mit Füßen getreten werden. Was sagt hierzu der heilige Vater, der über diese Angelegenheit informiert sein mußte?

Der zweite Ukas des Herrn Kardinals Ropp, in welchem die Krallen des polnischen Adlers durchschimmern hat nachstehenden Inhalt:

Es wird darauf hingewiesen, daß es den Geistlichen nicht gestattet ist, die Propsteien und Propsteiländereien zur Abhaltung politischer Agitationsversammlungen herzugeben, und daß es eine bedauernde Schädigung der seelsorgerischen Einflüsse des Propstes in der Parochie bedeutet, wenn Geistliche ohne Genehmigung des Propstes in seiner Parochie Wahl- und Agitationsreden halten.

Die polnischen und deutschen Zeitungen sind davon überzeugt, daß es sich darum handelt, den Polen die nationale Arbeit zu erschweren. Die Zentrumsleute dagegen werden auch weiterhin ihre Heze gegen die polnische Bewegung in Oberschlesien betreiben können. Der zweite Teil dagegen hat den Zweck, die nationale Arbeit jener Priester unmöglich zu machen, die sich als Polen fühlen und Versammlungen besuchen. Von jetzt ab werden sie in fremden Parochien in polnischen Versammlungen nicht mehr sprechen können.

Der Herr Kardinal Ropp zeigt zu viel Energie, wenn es sich um Polen handelt, wenn aber deutsche Priester in lutherischen Zeitungen Fäseleien schreiben und nicht als Apostel des Friedens sondern als Schürer des Rassenhasses auftreten, dann schweigt er. Und doch trägt sich das Auftreten dieser Priester nicht mit den Grundsätzen unseres heiligen Glaubens, während andererseits die polnischen Priester sich völlig nach ihnen richten und zum Lobe Gottes und zum Nutzen des ihrer Fürsorge anvertrauten Volkes arbeiten. Aber leider stehen die geistlichen Freunde der Lutheraner

unter dem Schutze des schwarzen Adlers, und diesen Adler trägt der Herr Kardinal auf der Brust. Möge aber der Herr Kardinal Ropp gut darüber nachdenken, was am Tage des Gerichtes Gottes schwerer wiegen wird: der preussische Adler, oder die Gerechtigkeit.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 126 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 22. September 1911:

Ein „polnisches Haus“ in Berlin.

Die Berliner Polenvereine streben die Errichtung eines „polnischen Hauses“ in Berlin an. Es hat sich eine Gesellschaft gebildet, welcher zahlreiche Personen mit Einlagen von 500 bis 1000 Mark beigetreten sind. Das Haus wird Vereins- und Versammlungsräume, eine Turnhalle für die Sokolen, eine polnische Bibliothek, ein Restaurant usw. erhalten. Sollte eine polnische Bezeichnung an die Straßenfront von der Behörde nicht zugelassen werden, so wollen die Polen eine lateinische Tafel anbringen lassen.

Da schreien die Polen immer von preussischer Gewaltherrschaft und jammern über die furchtbare Bedrückung und nationale Entrechtung! Was würden diese Herren nicht für eine Hege veranstalten, wenn die Deutschen in Lemberg daran gehen würden, ein „deutsches Haus“ zu errichten? Wir werden es ja noch erleben!

Aus Nr. 441 der „Nowa Reforma“ (Kraakau)
vom 27. September 1911:

Veröhnungssillusionen.

Wie vorauszu sehen war, hat die Ernennung Schwarzkopffs zum Präsidenten der Provinz Posen unter den dortigen polnischen Veröhnungsparteilern, die sich namentlich aus dem konservativen Landadel rekrutieren, gewisse Hoffnungen hervorgerufen. Der Ausdruck dieser Hoffnungen war ein Artikel des Dziennik Poznański, der den neuen Statthalter gewissermaßen schon als die Ankündigung einer bedeutend milderer Politik der Regierung gegenüber der polnischen Bevölkerung begrüßt hat. Und wiewohl dieses Organ in einem zweiten, nach einigen Tagen veröffentlichten Artikel, seinen Optimismus bedeutend reduzierte, und zwar hauptsächlich infolge der Opposition, welche der erste in den volksparteilichen Kreisen hervorgerufen hat, unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die dortigen Konservativen in der Art des bekannten Herrn von Turno von dem neuen Oberpräsidenten sehr viel erwarten. Sie halten ihn gewissermaßen für den „Ihrigen“, weil er als Besitzer des Gutes Zborowo auch gleichzeitig dortiger Großgrundbesitzer ist.

Über eine schlechte und unfreundliche Aufnahme kann sich Herr Schwarzkopff in seiner neuen Stellung nicht beklagen. Denn auch die demokratische polnische Presse hat ihm gegenüber eine freundliche Haltung eingenommen, obwohl sie die Hoffnungen der Veröhnungsparteiler keineswegs teilt. Sie erblickt in ihm einen rechtschaffenen, mit den örtlichen Verhältnissen wohl vertrauten Menschen, der vom chauvinistischen Haß gegen alles, was polnisch ist, nicht durchdrungen ist, doch was die grundsätzliche Richtung seines Regimes anlangt, gibt sie sich keinen Illusionen hin. Die Oberpräsidenten in Polen haben zwar eine etwas größere Kompetenz und Selbstständigkeit wie die Oberpräsidenten anderer preussischer Provinzen, doch können sie schließlich über den Rahmen der grundsätzlichen Politik Preußens

nicht hinausgehen, sondern sie müssen die Richtung inne halten, die ihnen die Zentralregierung in Berlin vorschreibt. Dort wird aber eine größere Änderung dieser Richtung durch nichts angekündigt.

Bezeichnend ist aber, daß auch die katartistische Presse ihre Taktik gegenüber Dr. Schwarzkopff plötzlich geändert hat. Während auf die Nachricht seiner Ernennung hin die Redakteure aus Verzweiflung die Hände gerungen und die Besorgnis ausgesprochen haben, daß er für die polnischen revolutionären Intrigen zu nachsichtig sein werde, kommt diese Presse jetzt zu der Überzeugung, daß auch er sich gewiß energisch und als ein aufmerksamer Wächter des bedrohten Deutschtums erweisen werde.

So hört also der neue Präsident von allen Seiten nur wohlwollende Worte. Jedes der gegensätzlichen Lager erwartet von ihm ein Regiment im Sinne seiner Ansichten. Die Situation wird sich aber mit einem Mal ändern, wenn Dr. Schwarzkopff allein wird gerecht werden wollen. Denn dann wird er niemanden zufrieden stellen und nur seinen heute noch guten Ruf verderben.

Die polnischen Veröhnungsparteiler rechnen, soweit man aus den erwähnten Verlautbarungen ihres Organs schließen kann, mindestens damit, daß die Politik des neuen „Statthalters“ ihnen eine gewisse gemeinsame Arbeit mit den Deutschen auf ökonomischem und wirtschaftlich-kulturellem Gebiete ermöglichen wird. Mit welcher Berechtigung sie diese gemeinsame Arbeit für so notwendig halten, ist uns vorläufig ein Rätsel. Bei dem gegenwärtigen Separatismus auf diesem Gebiete ist die polnische Bevölkerung keineswegs schlecht weggekommen, im Gegenteil, sie hat sich vielleicht nur dank dieser ihrer Selbstständigkeit so erheblich emporgearbeitet, wie die Berichte aller polnischen Erwerbsinstitute wiederum beweisen. Daß aber infolge dieser Entzweiung der Bevölkerung der Staat und die ganze Verwaltung der Provinz Schaden erleidet, darüber brauchen wir ja nicht zu wehklagen. Daran ist die Regierung schuld, welche die polnische Bevölkerung durch eine geradezu strenge Verfolgung auf nationalem Gebiete von einer gemeinsamen Arbeit abgestoßen hat. Möge sie also die teuren Folgen ihrer Politik tragen; die Polen haben aber nicht den geringsten Grund ihre Hilfe aufzudrängen, solange in der grundsätzlichen Richtung des Regiments in den polnischen Landesteilen keine bedeutende Änderung eintritt. Hoffen wir auch, daß der gesunde politische Verstand des polnischen Bürgertums und des polnischen Volkes keine neuen Veröhnungsversuche zulassen wird, solange sich keine reale Grundlage für sie ergibt.

Aus Nr. 126 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 22. September 1911:

Die Gründung der deutschen Schule in Wola-Oblaschniza.

Im Jahre 1668 kauften 15 Deutsche aus Machlitz vom Gutsbesitzer Herrn Albrecht Seelieb, einige Kilometer nördlich von Nowesioło, ein Grundstück im Ausmaß von 40 Joch und gründeten darauf einen Weiler (Wola-Oblaschniza). Der Weiler ist nach und nach zu einem kleinen Dörfchen angewachsen, das bei der letzten Volkszählung 35 Häuser mit 193 Deutschen und 51 polnischen Einwohnern zählte; eigentlich sind es 205 Deutsche und nur 39 Polen, weil sich zwei deutsche Sippen mit 12 Seelen zur polnischen Umgangssprache bekannten, von denen jedoch zu erhoffen ist,

Daß sie wieder zu ihrem deutschen Volkstum zurück-
kehren. Wola-Dblaschniza ist eine Handwerker- und
Arbeiter-Ansiedlung; jede Sippe besitzt nur 1 bis 6
Joch Grund zur Beschaffung der nötigsten Nahrungs-
mittel fürs Haus.

Um die schulpflichtigen Kinder in Wola-Dblaschniza
kummerte sich die Schulbehörde 42 Jahre hindurch
gar nicht. Vor ungefähr 20 Jahren wurde zwar
seitens der Schulbehörde den deutschen Eltern mitgeteilt,
daß sie ihre Kinder in die polnisch-ruthenische Volkss-
schule in Dblaschniza zu schicken haben, ein Ansinnen,
das geradezu haarsträubend war; die deutschen Kinder
sollten 3 Kilometer weit auf einem schlechten Weg die
polnisch-ruthenische Schule besuchen. — Es blieb also
nichts anderes übrig, als daß ein biederer Deutscher
während der Wintermonate die schulpflichtigen Kinder
Lesen, Schreiben und Rechnen lernte. So blieb es
bis zum Jahre 1910. Die Zahl der Schulkinder wuchs
immer mehr und dies drängte zur Gründung einer
eigenen Schule. Mit Hilfe des „Bundes der christlichen
Deutschen in Galizien“ und des „Deutschen Schul-
vereines“ sollte eine deutsche Schule in Wola-Dblaschniza
errichtet werden. Dies erfuhr die Schulbehörde und
nun sorgte sie sich auf einmal wieder um den Weiler.
Vor allem verbot sie dem ungeprüften Lehrer den
Unterricht und dann schritt sie an die Errichtung einer
rein polnischen (!) Schule in Wola-Dblaschniza, die dann
auch tatsächlich in einem alten Bauernhaus mit Beginn
des heurigen Schuljahres mit nicht ganz zehn Kindern
im Alter von 6½ bis 14 Jahren eröffnet wurde.
Aber neben dieser öffentlichen polnischen Schule steht
nun auch schon das herrliche neue Gebäude der deutschen
Schule, die am 10. Scheiding eingeweiht und am
11. Scheiding 1911 mit 48 deutschenschulpflichtigen Kindern
eröffnet wurde. Die Deutschen wollten nämlich von einer
öffentlichen polnischen Schule nichts wissen und schritten,
nachdem die Absicht der Schulbehörde bekannt
war, mit einem wahren Feuereifer an den Bau einer
deutschen Schule. Herr Albrecht Seelitz gab ein Joch
Ackers mitten im Weiler als Baugrund; der Bund
der christlichen Deutschen in Galizien ging durch seinen
Geschäftsleiter Herrn Hans Roland den bedrängten
Volksgenossen mit Rat und Tat zur Hilfe: die deutsche
Schulgemeinde Wola-Dblaschniza wurde gegründet, an
deren Spitze Herr Josef Spizner steht, und am 1. Mai
1911 wurde mit dem Schulbau begonnen. Wie die
Bienen und Ameisen, so emsig arbeiteten alle Deutschen
von Wola an dem Bau der Schule, die ganze Sprach-
insel half ihnen dabei mit. Machliniez allein stellte
an manchem Tage bis fünfzehn Fuhrwerke, natürlich
alles unentgeltlich zur Verfügung. Das Holz und die
Steine wurden von den Wagen herunter gezimmert,
bzw. vermauert, und so kam es, daß trotz des
ungünstigen Wetters in vier Monaten das schmutze
Schulhaus fix und fertig war. Das Haus ist von
einem schön eingerichteten Garten umgeben und enthält
einen geräumigen Lehrsaal mit vier Fenstern, ein
Vorhaus, Küche und zwei Zimmer für den Schul-
leiter. Der Zugang von der Straße zur Schule ist
mit Steinen gepflastert. Außen und innen ist an dem
Gebäude alles genau und nett ausgeführt. Über dem
Eingang prangt in goldenen Buchstaben die Aufschrift:
„Deutsche Schule“. Deutscher Fleiß und deutsche
Genauigkeit haben hier in kurzer Zeit ein Werk
geschaffen, an dem jedermann eine Freude haben
und jeder Deutsche stolz darauf sein kann. Das
Gebäude kostete an 4500 Kronen, welcher Betrag zum
größten Teile noch als Schuld auf demselben lastet.
Da die Volksgenossen in Wola-Dblaschniza in der
denkbar größten Armut leben, so ist es ganz und gar
unmöglich, daß diese die große Schuld abtragen. Wir
wenden uns deshalb an alle hochherzigen deutschen

Brüder mit der dringenden Bitte: Helfet mit an der
Tilgung dieser Bauschuld! Sendet Spenden für die
deutsche Schule in Wola-Dblaschniza! Hier gilt es
bedrängten Volksgenossen beizustehen, nationaler Not
abzuhelfen! Wird der Notruf dieser wackern deutschen
Arbeiter in den deutschen Gauen Wiederhall finden?
Spenden für die deutsche Schule in Wola-Dblaschniza
nimmt der Bund der christlichen Deutschen in Galizien,
Lemberg, Zielonastraße 9, entgegen.

Das Fest der Weihe war ein Freudenfest für die
ganze Machliniezer Sprachinsel besonders deshalb, weil
es jetzt die ärmste Siedelung der Sprachinsel ist, die
eine deutsche Privatvolkschule errichtet hat, während
in den anderen drei größeren deutschen Dörfern:
Kornesioło, Machliniez und Kornelowka nur öffentliche
Schulen, mit sogenannter deutscher Unterrichtssprache,
sind, an denen aber undeutsche Lehrerinnen wirken,
und die 300 Deutschen in Isidorowka und Kontrowers
haben überhaupt nur eine polnische Schule zur Ver-
fügung. Deutschgalizien hat mit der Schule in Wola-
Dblaschniza seit der Gründung des Bundes und des
Volkssblattes die zehnte deutsche Schule errichtet und
die zwanzigste deutsche Schulklasse. Damit haben wir
Deutschen Galiziens eigentlich ein Jubelfest gefeiert,
das uns allen zur Ehre gereicht. Wir danken an
dieser Stelle allen treuen Volksgenossen, vor allem dem
Deutschen Schulverein, die uns mithalfen, in so kurzer
Zeit zwanzig neue deutsche Schulklassen in Deutsch-
Galizien zu errichten. Im Jahre 1908 wurden näm-
lich die Schulen in Brunnndorf und Burgthal, im
Jahre 1909 die zweiklassige Schule in Struj, im
Jahre 1910 die zweiklassige Schule in Mariahilf,
dann die einklassigen Schulen in Hanunin, Neu-
Oleschize, Terejowka und Pöchersdorf, und im Jahre
1911 die Schulen in Angelowka und Wola Dblaschniza
errichtet. Die Schulen in Hohenbach, Kunzendorf,
Brigidau, Neu-Sandez, Josefsberg, Stanislaw und
Baginsberg wurden um je eine Klasse erweitert; außer-
dem steht die Erweiterung der Schulen in Struj und
Mariahilf zu dreiklassigen Schulen bevor.

Das Wetter am Weihetag der deutschen Schule in
Wola-Dblaschniza ließ zu wünschen übrig; es regnete viel,
aber trotzdem war die Beteiligung eine außerordentlich
große und freudige. Von auswärts waren erschienen:
in Vertretung des Bundes die Herren Hans Roland
und Hans Linnert aus Lemberg, Tierarzt Josef Schmidt
samt Frau und Kindern (Schmidt ist ein Egerländer
und daher erweckte sein Besuch bei den Egerländer
Deutschen der Sprachinsel besondere Freude), der
russische Pfarrer von Dblaschniza, Gutsbesitzer Seelitz,
ferner Lehrer Bernstein aus Terejowka und zahlreiche
Gäste aus den benachbarten deutschen Ortschaften.

Um 2 Uhr nachmittags wurde der feierliche Weihe-
akt durch Herrn Pfarrer Schwarz aus Machliniez vor-
genommen, der mit dem Absingen der ersten Strophe
des Kaiserliedes und mit einem Weihegebet in deutscher
Sprache beschloß wurde.

Sodann hielt Geschäftsführer Roland die Festrede,
in der er ausführte, welchen Zweck und welche hohe
Aufgaben die deutsche Schule habe. Er betonte ganz
besonders, daß die deutsche Schule eine Pflegetätte
deutscher Art und Sitte, deutschen Geisteslebens sein
muß, in der die Kinder zu braven Söhnen und Töchtern
ihrer Kirche, zur Liebe und Treue zum angestammten
Herrscherhause erzogen werden. Herr Roland kam
sodann auf das friedliche Zusammenwirken von Schule
und Haus zu sprechen und hob hervor, daß die deutsche
Schule ein Segensquell bilde, von dem Licht und
Leben, Ordnung und gute Sitte, nationale Begeisterung
und wahre Religiosität in die Herzen und Häuser
ausströme. Weiter sprach Herr Roland auch über die
bisherige segensreiche Tätigkeit des Bundes der christ-

lichen Deutschen in Galizien, über dessen weiteren Ziele und Bestrebungen und richtete schließlich herzliche Dankesworte an alle, welche mithalfen, die deutsche Schule in Wola-Oblaschniza zu erbauen, ganz besonders hob er die unermüdliche, uneigennützigte Arbeit des Herrn Josef Epizner hervor, dem es in erster Linie zu verdanken ist, daß dieses Wahrzeichen deutscher Opferwilligkeit erstanden ist. „Möge diese vierte vom Bunde der christlichen Deutschen in Galizien erhaltene deutsche Schule die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen, möge deutscher Geist und Gottes Güte stets über ihr walten“, mit diesen Worten schloß der Redner seine Ansprache.

Nun übergab Herr Roland den vom „Bunde“ bestellten Lehrer der Schule, Herrn Roman Sajda, das Schulhaus, indem er dem Wunsche Ausdruck verlieh, daß die Arbeit des Herrn Lehrers gute und reichliche Früchte bringe.

Herr Lehrer Sajda versprach, durch gewissenhafte und treue Pflichterfüllung sich des in ihn gesetzten Vertrauens würdig zu erweisen und hielt eine Ansprache an die Gemeinde und Schulkinder.

Hierauf begrüßte Herr Roland den hochw. Herrn Pfarrer Schwarz als Religionslehrer und richtete an ihn die Bitte, er möge die Schule als Seelsorger beschützen und stets für sie eintreten. Herr Pfarrer Schwarz richtete dann einige warme Worte an die Eltern der Schulkinder, indem er vor allem dieselben ermahnte, sie möchten trachten, daß die Kinder stets regelmäßig die Schule besuchen.

Da die Bundesleitung für die 48 Schulkinder alle nötigen Bücher und Schulrequisiten bewilligt hatte, so verteilte Herr Roland dieselben mit einer kleinen Ansprache an die Schulkinder, die freudigen Auges und dankbaren Herzens die ersten neuen Schulbücher entgegennahmen.

Nach einer Pause, in der die gastfreundlichen Deutschböhmen die Gäste mit Trank und Speise stärkten, hielt Herr Hans Linnert eine von nationaler Begeisterung durchglühte Rede, die reichen Beifall erntete. Darauf wurde eine Sammlung für die Tilgung der Bauschuld veranstaltet, welche den schönen Betrag von 47 Kronen ergab.

Es war ein herrliches nationales Fest und der 10. September 1911 wird einen Markstein in der Geschichte der deutschkatholischen Gemeinde Wola-Oblaschniza bilden! Heil!

Aus Nr. 126 des Deutschen Volksblatt
für Galizien (Lemberg)
vom 22. September 1911:

Ein deutscher Landsmann-Minister in Sicht?

Der Anfang der Herbstsession des Reichsrats steht vor der Tür. Mancherlei Beratungen und Besprechungen zwischen den Parteiführern, dem Ministerpräsidenten und zwischen den einzelnen Klubs und natürlich ein Heer von Präzartikeln aller Art schwirren wie die Sturmvögel vor dem nahenden Gewitter vor dem Parlamentsanfang her. Die Hauptfrage, welche die Gemüter beschäftigt, ist die: Wird das Parlament arbeitsfähig sein? Wird sich eine Majorität großer Parteien finden, die bereit ist der Regierung die wichtigsten Staatsnotwendigkeiten zu bewilligen und positive Arbeit zu tun? Im Zusammenhang hiermit erhebt sich die Frage, ob nicht das gegenwärtige Ministerium wenigstens hinsichtlich einzelner seiner Mitglieder eine Veränderung oder auch Erweiterung erfahren müsse, um die großen Parteien zur Arbeits-

willigkeit zu gewinnen. Die christlich-soziale Partei ist infolge der Abdankung des Ministers Weißkirchner nicht mehr im Kabinett vertreten; auch die Tschechen sind nicht vertreten. Die Christlichsozialen haben ziemlich deutlich gezeigt, daß sie diesmal der Regierung gegenüber freie Hand behalten, und daher nicht ins Ministerium eintreten wollen. Freiherr von Gautsch wird also damit rechnen müssen, daß die Christlichsozialen gerade dann, wenn er sie braucht, ihn im Stiche lassen. Umso mehr muß ihm dann daran gelegen sein, daß wenigstens die Tschechen nicht in die Opposition treten. Und darum wird mit Hochdruck gegenwärtig an einer Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen gearbeitet. Zugleich heißt es, daß ein Vertrauensmann der Tschechen als Landsmannminister in das Kabinett eintreten solle. Wenn dies aber geschehen sollte, dann dürften die Deutschen energisch auch wieder auf der Besetzung des deutschen Landsmannsministeriums bestehen, welches seit Schreiners unvermuteter und in hoch auffallender Form erfolgter Verabschiedung im Februar 1910 nicht wieder besetzt worden ist.

Auch die polnischen Blätter unseres Landes beschäftigen sich mit der Frage eines eventuellen Wiedereintrittes eines deutschen und tschechischen Landsmannministers in das Kabinett. Gegen den tschechischen Landsmannminister haben die Polen natürlich nichts einzuwenden. Aber daß wieder ein Vertrauensmann der Deutschnationalen im Geiste Schreiners im Kabinett mitwirken solle, das erfüllt sie schon jetzt mit Aufregung und Besorgnis. Slovo polskie führt in einem Leitartikel aus, welche Gefahren für die friedliche Entwicklung der inneren Politik ein deutscher Landsmannminister mit sich bringe und erinnert in diesem Zusammenhang an das schlimmste Verbrechen, welches Dr. Schreiner begangen hat, daß er sich nämlich auch der galizischen Deutschen angenommen hat.

Wenn das genannte Blatt dabei für die Schädlichkeit der Landsmannministerien sich auf einen hervorragenden deutschen Politiker früherer Zeit, nämlich auf den gewesenen Minister und nachmaligen Präsidenten des Reichsgerichts, Josef Unger, beruft, so kann dies nur ein mitleidiges Lächeln bei jedem Kenner der innerpolitischen Geschichte unserer beiden letzten Jahrzehnte hervorrufen. Unger ist einer jener alten liberalen österreichischen Zentralisten, welchen die Hauptsache das ruhige Funktionieren der Staatsmaschine war, mochte dabei auch dem deutschen Volk ein schwerer Schade nach dem anderen zugefügt werden. Diese Herren aus der alten Schule haben die große neue Zeit, welche für das deutsche Volk in Österreich angebrochen ist, nie begriffen und sie sahen daher auch alle Fragen von einem engen Gesichtswinkel aus an, der für jeden bewußten Deutschösterreicher, der heute im Kampf für Volkstum und Recht steht, längst überwunden ist. Das zeigen ganz besonders die völlig unzutreffenden Bemerkungen Ungers über das Ministerium für Galizien, in welchen er sich ganz im Geist der alten liberalen Politiker vollkommen auf den polnischen Standpunkt stellt. Was ging es die alte deutschliberale Partei an, daß es in Galizien überhaupt Deutsche gab? Galizien galt als Beute der Polen; und auch die ruthenische Frage wurde von dieser Auffassung aus mit unglaublichem Mangel an Sachkenntnis behandelt. Nur so läßt es sich begreifen, wenn Unger sagt: „Vollkommen anders (als die Stellung des deutschen und tschechischen Landsmannministers) ist die Stellung eines Ministers für Galizien: er ist kein Landsmannminister, sondern ein Landesminister; zu seinen Pflichten gehört der Schutz der Interessen nicht einer einzelnen nationalen Partei, sondern eines ganzen Landes. Er ist Minister aus Galizien und für Galizien.“

Es ist fast rührend, zu sehen, wie das Slowo polskie Tränen der Freude über diese Weisheit des guten Unger vergießt. Gewiß, diese ebenso gutmütigen wie von Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse strogenden Ausführungen passen ganz in den Kram der Herren Allpolen — nämlich, wenn es sich darum handelt, den Deutschen des Westens Sand in die Augen zu streuen, damit sie die wahren Verhältnisse in Galizien nicht erkennen sollen. In Galizien weiß jedes politische Kind, daß der Minister für Galizien in Wahrheit eben gerade das ist, was er nach Erzellenz Unger angeblich nicht sein soll. Wann und wo hat man schon gehört, daß auch die Polen selbst den Minister für Galizien als Landesminister bezeichnen? Sie nennen ihn selbst niemals „Minister krajowy“, sondern stets „Minister Rodak“, und betrachten ihn ausnahmslos als den Vertrauensmann des Polenklubs, also einer rein nationalen Partei. Und wann hat man gehört, daß das größte und stärkste Volk in Galizien, nämlich die Ruthenen, diesen angeblichen Landesminister als ihren Vertreter im Rat der Krone betrachtet hätten?

In Wahrheit ist der Minister für Galizien genau dasselbe, was ein deutscher und tschechischer Landsmannminister sind; und es ist noch in frischem Angedenken, daß das sogenannte galizische Landesministerium seine Hände auch im Spiel hatte, wo es sich um die Polen Schlesiens und der Bukowina handelte. Der einzige Unterschied des polnischen Landsmannministeriums von dem deutschen und tschechischen ist der, daß dieser Minister unter dem Schein eines Landesministers nur umso anspruchsvoller und anmaßender auftritt und sich Rechte anmaßt, die ihm in Wahrheit gar nicht zukommen. Daß dies überhaupt möglich geworden ist, das ist freilich zum großen Teil die Schuld der verfehlten früheren deutschen Politik solcher Männer wie Unger und anderer, für welche es ein unumstößliches Gesetz ihrer politischen Weisheit war, daß die Polen in Galizien freie Hand haben mußten.

Wir hoffen, daß der große Fortschritt in der politischen Reise und im Nationalbewußtsein unserer deutschen parlamentarischen Vertretung auch dahin führen wird, daß das deutsche Landsmannministerium, wie es sich gehört, eine ständige Einrichtung wird; und daß dieses Ministerium die ständige Aufgabe erhält, die Rechte aller Deutschen der Monarchie zu schützen und ihre Interessen zu vertreten. Wir gönnen den Polen und Tschechen durchaus dasselbe, was wir für uns begehren. Mögen auch sie ihre Vertrauensmänner im Räte der Krone besitzen, welche darüber wachen, daß ihnen kein Unrecht geschieht. Was aber unerträglich ist und nicht oft genug an den Pranger gestellt werden kann, daß ist dies, daß ein Minister, der tatsächlich nichts weiter ist, als der Sachwalter des Polenklubs und der polnischen Machthaber in Galizien als galizischer Landesminister auftritt. Mit dieser Unwahrhaftigkeit sollte endlich einmal gebrochen werden; sie bringt eine Menge schädlicher Entwicklungen in das innerpolitische Leben unseres Staates hinein. Ein ständiges deutsches Landsmannministerium, das ruhig und offen seine Fürsorge auch auf die Deutschen der österreichischen Karpathenländer erstreckte, würde viel dazu beitragen, dieses ungesunde und schädliche Gebilde, welches sich gegenwärtig Ministerium für Galizien nennt, auf das gebührende Maß zurückzuführen.

Aus Nr. 126

des Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 22. September 1911:

Polnische Eigenmächtigkeit in Biala.

Es ist kaum glaublich, was sich polnische Einbringlinge in Biala alles erlauben. Seit 20 Jahren besteht in Biala eine gut organisierte gewerbliche Fortbildungsschule, welche, um ja den Polen in Biala gerecht zu werden, deutsche und polnische Unterrichtssprache hat und von den galizischen Schulbehörden jederzeit als Musteranstalt hingestellt wird.

Nun haben polnische Hezer im Einverständnis mit hiesigen polnischen Meistern (besonders Schuhmacher und Schneider) in aller Stille eine polnische gewerbliche Fortbildungsschule eröffnet und zwingen durch Agitation von Haus zu Haus und in den letzten Tagen sogar durch polnische Plakate die Lehrlinge zum Besuche dieser Anstalt! Die Leitung der seit 20 Jahren bestehenden Fortbildungsschule hat im Verein mit einer vom Ministerium bestätigten Schulkommission den Schulbesuch der Lehrlinge zu überwachen, gültige Zeugnisse auszustellen und wurde nicht verständigt, daß eine zweite Anstalt dieser Art dieselben Rechte hätte. So etwas geschieht unter den Augen einer k. k. Bezirkshauptmannschaft im Staate Österreich.

Wir haben in Biala und in Bielitz noch deutsche Gemeindevertretungen, einen deutschen Volksrat, deutsche Brotgeber und vor allem deutsche Kundschaften in Stadt und Umgebung. Pflicht dieser deutschen Organe wäre es, den deutschen Kunden täglich vor Augen zu halten, welche Handwerker und Meister deutsch oder deutschfreundlich sind und alle jene zu bezeichnen, welche im geheimen oder öffentlich deutschfeindlich auftreten. Also heraus mit einem Verzeichnis deutscher und deutschfeindlicher Meister und Geschäftsleute!

In Wien und in anderen deutschen Orten sitzen tüchtige Handwerker, namentlich Schuhmacher und Schneider und darben, weil ihrer dort zu viele sind. Nach Biala und Bielitz sie zu bringen, sie anfangs materiell unterstützen, das wäre Sache des Deutschen Volksrates; sich kümmern, daß jedes Gewerbe durch deutsche Meister vertreten wäre, ist Pflicht der nationalen Schutzvereine. Die Deutschen in Bielitz und Biala bringen jahraus, jahrein große Geldopfer, von nationaler Kleinarbeit spürt man trotzdem bei uns spottwenig. Die deutschen Brotgeber sollten die polnischen Hezer vor die Tür setzen, deutsche Kunden den polnischen Meistern den Rücken kehren, das wäre die richtige Antwort auf die letzten polnischen Umtriebe. Auch in Bielitz sitzen solche Meister, die ihre Söhne in den Bialaer polnischen Anstalten studieren lassen, polnische Studenten halten, auf die Deutschen stets schimpfen, aber deutsches Geld doch nehmen. Heraus mit dem Namen dieser Leute! Den Kampf, den uns die Polen in immer schärferer Weise aufzwingen, müssen wir aufnehmen und an erster Stelle sind die deutschen Lokalblätter von Bielitz-Biala verpflichtet, die nationalen Organisationen in diesem Kampfe zu unterstützen.

Aus Nr. 126 des

Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)

vom 22. Oktober 1911:

Der polnische Schulskandal in Beckersdorf.

Die polnische Wirtschaft in Skandalizien, die weder Gesetz noch Recht achtet, kommt so recht zum Ausdruck in der Schulgeschichte von Beckersdorf. Dort hat die

Gemeinde vor mehreren Jahren ihre deutsche Schule in die öffentliche Verwaltung übergeben. Ohne einen Beschluß der Gemeinde hat die Schulbehörde diese Schule polonisiert. Dagegen hat die Gemeinde schon mehrmals protestiert, sie hat einen rechtsgültigen Beschluß gefaßt, daß die deutsche Unterrichtssprache beibehalten werden muß und den Beschluß der Behörde, mit dem Ersuchen, die haltlosen polnischen Schulzustände abzustellen, vorgelegt, aber es blieb trotzdem die polnische Unterrichtssprache bestehen. Mit Beginn des Schuljahres 1911—1912 stellte die Schulbehörde wieder einen nichtdeutschen Lehrer an, der nur polnisch vorträgt und die 105 schwäbischen Kinder wie Papageien abrichten muß. Die Schule wird von keinem einzigen polnischen Kinde besucht, die ganze Umgebung von Beckersdorf ist ruthenisch und jüdisch, Beckersdorf selbst ist reindeutsch und zählt in Wirklichkeit über 500 deutsche Einwohner. Durch die polnische Unterrichtssprache, welche die deutschen Kinder nicht verstehen, wird die Jugend verdoimt, die Zeit des Schulbesuches unnütz verschwendet. Die Gemeinde ist dadurch schon stark herabgekommen. Sie hat deshalb um Abstellung des polnischen Schulskandals, aber die allpolnischen Herren kümmern kein Recht, kein Gesetz, sie kümmern sich nicht um das Wohl der Gemeinde, des Volkes. Ihr Ziel ist, alles zu polonisieren und nur dazu mißbrauchen sie ihre Macht. Da die österreichische Regierung sich gegenüber den Polen als machtlos erweist, so ist auch von dieser Seite keine Hilfe zu erwarten. Die Gemeinde muß sich selbst helfen und sie kann es, wenn es sein muß, mit Hilfe des „Deutschen Bundes“ und „Deutschen Schulvereins“. Die Gemeinde muß einen Beschluß fassen, daß sie auf die „Unterstützung“ ihrer Schule von seiten der galizischen Schulbehörden verzichtet und sich verpflichtet, die Schule als Gemeindeschule allein zu erhalten. Dann hat die Gemeinde als alleiniger Schulerhalter allein das Recht zur Bestimmung der Unterrichtssprache und Anstellung des Lehrers. Der derzeitige Gemeindevorsteher von Beckersdorf ist leider zu lau, er tanzt so, wie die Polen pfeifen und dies ist auch ein Grund, daß die Polen mit der Gemeinde machen, was sie wollen. So wird in unverantwortlicher Weise eine einst blühende, hoch kulturelle deutsche Gemeinde entkultiviert, polonisiert und zugrunde gerichtet. Beckersdorf! wache auf, es ist die höchste Zeit!

Aus Nr. 126 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 22. September 1911:

Die deutsche Gefahr in Galizien.

Die polnischen Blätter berichten über allerlei Erscheinungen, die in höchstbedrohlicher Weise zeigen, wie die hafatistische Gefahr in den deutschen Kolonien Galiziens im Zunehmen begriffen ist. So ist durch alle polnischen Blätter die Nachricht gegangen, daß am 27. August in Wilhelmsau eine Ortsgruppe des Schulvereines gegründet wurde, welcher sofort hundert Mitglieder beitraten. Zu dieser Feier, so wird weiter berichtet, kamen zahlreiche Gäste aus Schlesien, und sogar Professor Dr. Barta aus Wien! Das ist allerdings sehr verdächtig. Aber noch schlimmeres weiß das „Słowo polskie“ aus Brigidau zu berichten (Nr. 428 vom 14. September). In diese Kolonie kommt Jahr für Jahr Professor Martin Hennig aus Stryj, und „er sowohl wie andere deutsche Gäste üben auch in einer verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Aufenthalts einen starken Einfluß auf die deutschen Kolonisten aus!“

Schrecklich! Jetzt sieht man doch erst, wie drohend wirklich die deutsche Gefahr ist. Die Regierung sollte da aber nicht länger zusehen, daß Professor Hennig, der ein Brigidauer Kind ist, und seine Familie und Verwandtschaft in Brigidau hat, seine Ferien dort zubringt, das sollte unbedingt nicht länger geduldet werden! überhaupt sollte die Regierung die Anwesenheit deutscher Gäste in den Kolonien strenger beaufsichtigen. Wir haben aus zuverlässiger Quelle gehört, daß der Pfarrer einer deutschen Kolonie kürzlich sogar Besuch von einer Tante aus Preußen bekommen hat, und beglaubigt ist ferner die Tatsache, daß ein gegenwärtig in Preußen wohnender Deutschgalizier seiner Mutter in einer unserer deutschen Kolonien regelmäßig Geld aus Preußen schickt. Es ist wirklich die höchste Zeit, daß solchen Zuständen ein Ende gemacht wird! Vielleicht wäre es das beste wenn künftig in den Sommerferien in jeder deutschen Kolonie ein Sokolenfest abgehalten und alle Gelder, welche von außerhalb in die deutschen Kolonien gelangen, zu Gunsten der Grunwald-Stiftung beschlagnahmt würden.

Aus Nr. 226 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 22. September 1911:

300 Millionen für Kanalbauten.

Nach einem Lemberger Blatte ermächtigte die Ergänzungsvorlage zum Wasserstraßengesetze die Regierung zur Aufnahme von Renten für den Kanalbau von der galizischen Grenze bis Krakau. Die hierfür erforderliche Summe wird 60 Millionen überschreiten. Das Land Galizien wird mit 12 v. H. daran beteiligt sein. Weitere Kredite wird die Regierung für die Fortsetzung der Arbeiten am Moldau-Elbe-Kanal und weitere Flußregulierungen, wie Meliorationen in Galizien, Mähren, Schlesien usw. ausprechen. Für die Beendigung der Kanalarbeiten in Galizien und Böhmen ist eine Frist von zehn Jahren festgesetzt. Die Kosten für alle diese Arbeiten betragen 300 Millionen. Davon entfallen auf Galizien allein 100 Millionen.

Viele Millionen deutschen Geldes sollen also doch in Galizien „vergraben“ werden.

Aus Nr. 218 der Silesia (Teschen)
vom 24. September 1911:

Wo sind wir?

Aus Czchowiz, der Hochburg der Londzin-Anhänger, kommt uns eine Nachricht zu, die uns den Geist der national-fanatizierten Galizianer im grellsten Lichte zeigt, die aber auch eine Mahnung sein sollte, daß man dem unterminierenden, kaiser- und vaterlandsfeindlichen Treiben mancher Fanatiker im polnischen Lager nicht mit Gemütsruhe länger zusehen darf.

In Czchowiz, dem aufstrebenden schlesischen Industrieort, existiert eine polnische Privat-Bürgerschule. Der Direktor derselben ist ein Galizianer, alle Lehrkräfte dieser Schule sind Galizianer. Diese Herren Galizianer haben an ihrer Bürgerschule im schlesischen Czchowiz nicht einen schlesischen Lehrer angestellt. Man erkennt daran die besondere Fürsorge der Galizianer für die schlesischen Polen. Aber nun höre man, welcher Geist an dieser Bürgerschule herrscht! Wir lassen den uns zugekommenen Bericht, der eine klare

deutliche Sprache redet, wortgetreu folgen, nachdem wir uns vergewissert haben, daß der in demselben gemeldete Tatbestand der Wahrheit genau entspricht:

Eine polnisch-nationale Schule.

Czechowiz bei Bielitz. Am Montag den 18. d. M. wurde anlässlich des Schulgottesdienstes in der Pfarrkirche zu Czechowiz von den Schülern der polnischen Bürgerschule auf Befehl des Direktors Madejski anstatt der für diese Feier vorgeschriebenen Volkshymne das polnische Nationallied: „Boże, coś Polskę“ usw. gesungen. Selbst der zelebrierende Priester, ein gebürtiger Pole, ging voll Entrüstung bei Anstimmung dieses antiösterreichischen Liedes sogleich vom Altar weg. Dieses Lied singen die Polen wohl bei Versammlungen, in Wirtshäusern, es darf jedoch keineswegs in der Schule oder Kirche intoniert werden. Auch eine polnische Privatschule hat zur Aufgabe, die ihr anvertraute Jugend zur Vaterlandsliebe und Treue zum angestammten Kaiserhause zu erziehen, sowie zum Frieden und Duldung anderer Nationen zu gewöhnen; der Refrain dieses Liedes ist aber anti-

österreichischen Inhalts, folglich kann von der obenerwähnten Erziehung bei den Kindern keine Rede sein und wird sich der Anstifter dieses Falles wohl vor der Schulbehörde verantworten müssen. Die Schüler der genannten Schule werden auch noch zu politischen Versammlungen und Veranstaltungen von ihren Lehrern geführt, ja selbst zum Beschimpfen und Verfolgen der denselben Schulweg passierenden Kinder und Leute deutscher Nationalität aufgehetzt, wovon einige Beispiele angeführt werden können. Die Eltern der die polnische Schule besuchenden Knaben beklagen bitter, daß dort wenig gelehrt, aber desto mehr politisiert wird und führen diese lieber anderen Schulen zu. Die zum polnischen Fanatismus erzogenen Jungen könnten vielmehr von einem guten Unterricht mehr praktische Kenntnisse fürs Leben brauchen, leider werden ihnen diese in der Schule nicht beigebracht. Das Übel der hiesigen polnisch-radikalen Lehrer ist eben das, daß diese außerhalb der Schule sehr viel politisieren, in der Schule aber herzlich wenig arbeiten; dadurch verliert die Schule an Ansehen bei der Bevölkerung.

